

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Postgebühr), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mt.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Abonnementsspreis: die viergeschwisterte Zeitung 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnementen-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Nummer 35.

Berlin, den 1. September 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

Inhaltsverzeichnis.

Der internationale Sozialistenkongress. — Die veränderte
der Unternehmer-Organisationen. — Rundschau:
Schritte in der Tarifvertragsbewegung. Kann ein Christ
sozialdemokrat sein? Die Meidung christlicher Versammlungen
die Hoffnungen. Weiterer Rückgang des Ziegelsteinabsatzes
deutsch-Westfälischen Ziegelshabitat. — Wirtschaftliche Be-
dingung. — Streitfälle durch die deutsche Arbeiterversicherung.
Recht ärgerlich. — Soziales. — Verbandsnachrichten:
in Düsseldorf. Aus der Pfalz. Essen. Wachen. Höhenwalde.
Stuttgart. Rheinhäusern. Unnen i. W. Münster. Köln.
Gelsenkirchen. Mülheim. Altenberg. Neunkirchen.
Duisburg. Düsseldorf. Aachen. — Aus andern Verbänden.
Soziale Wahlen. — Zur Geschichte des Bemerts. — Wan-
säule. — Literarisches. — Einladung. — Bekanntmachungen.
Sterbetafel. — Anzeigen.

Resolution der Mehrheit in der Kommission, welche eine ge-
mäßigte Kolonialpolitik zusätzl. stand eine andere der Minder-
heit gegenüber, welche im Grunde genommen jede Kolonial-
politik ablehnt. Letztere fand die Annahme, wobei sich
die Holländer der Stimmen enthielten. Zweifelslos waren
die letzteren, wenn nicht das Ganze die reinste Farce sein
soll, die konsequenteren. In der Praxis genommen, müssten
wir uns also jetzt aller Kolonien, welche uns Hunderte
von Millionen gelöst haben und jetzt erst rentabel ge-
staltet werden sollen, entledigen. Das damit für die Einge-
borenen selbst nichts erreicht würde, zeigte David deut-
lich genug, indem er ansprach, daß dann nicht Humanität
in den Kolonien walten würde, sondern sie in die alte
Barbarei zurückfallen müßten. Er drang jedoch mit diesem
Argument feinstwegen durch. Nun die Frage, wer soll
den Eingeborenen Kultur bringen? Wir sehen von der
brutalen Ausbeutung und Behandlung der Eingeborenen
ab, denn das ist keine Kultur, wohl aber ist es möglich,
dieselbe durch unsere Staatseinrichtungen in christlich-
humanem Sinne zu erzielen. Das daneben die Ausnutzung
der Bodenschätze usw. vor sich geht, ist ganz selbstverständ-
lich, die auch vielfach auf den Tauschhandel sich erstreckt.
Nach der in der sozialdemokratischen Resolution enthaltenen
Logik ist solches in der heutigen kapitalistischen Ordnung
jedoch nicht möglich, vielmehr nur in der „reinen Voll-
kommenheit“, dem Zukunftstaat; wann derselbe eintritt,
weiß niemand, und bis dahin haben sich die Eingeborenen
zu gebulden.

Hierbei ereignete sich ein Zwischenfall, indem der Eng-
länder Quelch, welcher die Delegierten der Haager Friedens-
konferenz als Diebe und Mörder bezeichnet hatte, seitens
der württembergischen Regierung die Landesausweisung er-
fuhr. Der Stuhl des Geistes: „Wie lange noch auf einem
Punkt verweilen Sie?“ Die Delegation gestellte auf den Antrag der eng-
lischen Delegation gestellt mit der Ausschrift: „Hier fand
Quelch, der gestern von der württembergischen Regierung
ausgewiesen worden ist.“

Als einer der schärfsten Feinde wird von der Sozial-
demokratie der Militarismus bezeichnet. Das mag schon
in der persönlichen Gefahr liegen, welche derselbe bei einer
beabsichtigten „Umkrempfung“ den Sozialisten bietet. Frei-
lich, jede Überreibung ist vom Ubel, das kann auch beim
Militarismus eintreten, aber fragen wir uns doch einmal,
ob wir jemals diese Entwicklung hätten nehmen können,
wenn wir nicht unsere starke und absolut sichere Armee
zur Verfügung gehabt hätten. Auch darüber geben wir
uns gar seinem Zweifel hin, daß, wenn Frankreich irgend-
welche günstige Aussichten auf einen Erfolg gegen uns
hätte, dasselbe uns morgen am Tage angreifen würde,
trotz aller antimilitaristischer Agitation, und daß dann alle
antimilitaristischen Agitatoren wieder einsam „Franzosen“
wären. Und wie töricht die Frage eines Massenstreiks bei
Ausbruch eines Krieges sei, wurde von Bebel selbst treff-
lich illustriert, der auf die gewaltige Erregung, die Er-
schütterung des ganzen Wirtschaftslebens hinwies, und es
da gar nicht erst eines Massenstreiks bedurfte. Auffällig
waren die deutschen Sozialdemokraten in dieser Frage,
was zu ihren sonstigen Kraftworten im grellsten Wider-
spruch steht und den wütenden französischen Antimilita-
risten herüber zu folgender Spottepistel veranlaßte:

„Ich war gespannt darauf, die deutsche Sozialdemokratie
persönlich kennen zu lernen, die ich seit Jahren nur mit
Achselzucken aus dem silberstechischen, haarspaltenden Kampf
um die Auslegung von Karl Marx kannte. Jetzt habe ich sie hier
in den Straßen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarien.
Meine naiven Illusionen sind alle zerstört;
jetzt weiß ich den Wert ihrer radikalen Phra-
sen zu schätzen, es sind gute, heitere, zufrie-
dene, sattie Bürgler. Der Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie ist
Sippendienst und Kongressbummeli, sie
hemmt, sie erdrückt uns.“

Die Debatte endigte durch die Annahme einer Re-
solution, in welcher dem heutigen Militarismus der Krieg
erklärt wird; die Jugend der Arbeiterklasse soll in sozia-
listischem Geiste und dem der Weltverbündung erzogen
werden mit Klassenbewußtsein erfüllt werden. Anstatt des
stehenden Heeres wird in einer allgemeinen Volkswehr das
Ideal zur Verhinderung der Kriege erblickt.

In Deutschland ist die Verbrüderung zwischen Partei
und freier Gewerkschaft längst vollzogen. In anderen
Ländern, z. B. England und Amerika, ist dieses Verhältnis
wesentlich anders, da dort die weitaus größte Zahl
der Gewerkschaften ein Zusammengehen mit der Sozial-
demokratie vollständig ablehnt. In Frankreich kommen
die verschiedenen Städte innerhalb sowohl der Partei
wie Gewerkschaften in Betracht, welche einem Zusammen-
gehen ebenfalls hinderlich im Wege stehen. Um nun die
bestehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen, ver-
suchte der Kongress ein einheitliches Verhältnis zu schaffen,
welches Deutschland als Vorbild brachte. Es lagen hierzu
zwei Resolutionen vor, von welchen die eine von Deutsch-
land, Österreich, Belgien, Amerika, Danemark, Ungarn

und Böhmen, die zweite von Nordamerika (Industrial
Workers of the world und Sozialist Labour Party) unter-
zeichnet war. Die erste besagt in der Hauptsache, daß
jede Organisation ein bestimmtes eigenes Gebiet hat,
auf dem sie ihre Aktion vollständig selbstständig zu be-
stimmen hat. Auf dem Gebiete des proletarischen Klassen-
kampfes können aber nur Erfolge bei dem einmütigen
Vorgehen zwischen Partei und Gewerkschaftskommission
erreicht werden. Partei und Gewerkschaften haben sich daher
gegentümlich zu verständigen und zu unterstützen. Die Ge-
werkschaften werden ihre Pflichten im proletarischen Eman-
zipationskampfe nur dann erfüllen, wenn sie sich in
ihren Aktionen von sozialistischen Geiste leiten lassen. Alle
Gewerkschaften werden daher aufgefordert, sich auf den
internationalen sozialistischen Kongressen vertreten zu lassen
und mit dem internationalen sozialistischen Bureau in
Brüssel enge Verbindung zu halten. Letzteres wird beauf-
tragt, sich mit dem internationalen Gewerkschaftsbüro in
Berlin zwecks gegenseitiger Auskunftserteilung über die
Organisation und die Agitation in Verbindung zu setzen.
Diese Resolution fand Annahme. Der Berichterstatter
Beer-Wien hob hervor:

„So notwendig die Betonung der Selbstständigkeit der
Gewerkschaftsbewegung ist, als ebenso notwendig und selbst-
verständlich muss betont werden: Gewerkschaften und Partei
haben sich gegenseitig zu ergänzen. Denn nur jene Gewerkschaften
werden wirklich nützliche Arbeit im Dienste des Pro-
letariats leisten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen,
und die dafür sorgen, daß die Sozialisierung der Gesellschaft
zur Tat werde. Die Gewerkschaftsbewegung, die sich damit
begnügt, den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu ver-
schaffen und ihren endgültigen Zweck darin zu erlösen, würde, nur
um Vohnerhöhung zu kämpfen und Klassenkampfzeit, würde
meines Erachtens ihre Mission im Klassenkampftheorie der
Arbeiterbewegung nicht erfüllen. Die am Ende des Klassen-
kampfes müssen erfüllt werden, mit dem Bedürfnis von der
Vollständigkeit des Klassenkampfes, sie müssen für Sozialisten
gemacht werden.“

Damit ist der deutliche Zweck gekennzeichnet. Nicht
etwa von dem verderblichen Wege zurück will man, sondern
weiter auf demselben gehen, der sich schon unheißvoll genug
gezeigt und die Berßplitterung unter die Arbeiterschaft
getragen hat.

Bezüglich der Ein- und Auswanderung steht der
Kongress auf dem Standpunkt, daß es Pflicht der organi-
sierten Arbeiter ist, „sich gegen die im Gefolge des
Massenimports unorganisierter Arbeiter vielfach ein-
tretende Herausdrückung ihrer Gehenshaltung zu wehren“,
gleichwohl vermag er „ein Mittel zur Abhilfe der von
der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa
drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder
politischen Ausnahmemaßregeln zu erkennen, da diese frucht-
los und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere
nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und
in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.“

Dass beides direkt widersprechend ist, leuchtet auf den
ersten Blick ein, allerdings sind die Schwierigkeiten dieser
Frage nicht zu verkennen. Hier kommt eben die Welt-
verbrüderung mit den eigenen persönlichen wie auch
nationalen Interessen in Konflikt. Bei der Abstimmung
über einen Schlußantrag bezügl. dieses Punktes wird der
englische Delegierte Hyndmann außerordentlich unartig.
Trotzdem er Demokrat ist, kann er sich dem Mehrheits-
beschluß nicht fügen, er wird wild und fuchtig, erstmals
die Rednertribüne, so daß Singer alle Mühe hat, ihn zu
beschwichtigen und ihn aufzufordern muß, „sich als Sozial-
demokrat zu betragen“.

Nachdem man dann noch eine Menge schöner Redens-
arten ausgetauscht, ging man auseinander — und das
Westerntor geht in dem gleichen Geiste weiter, als ob
nichts geschehen wäre. Ganz besonders auffällig ist die
Verbrüderung der einzelnen Redner durch den „Vorwärts“;

dieselben Leute, die über fiktiven Byzantinismus spotten
und höhnen, treiben ihn ihren eigenen Führern gegenüber
in Gang. Und das tut doch auch so gut — — — fraget
aber nach dem praktischen Erfolg dieses „Redetongresses“

für die Arbeiterschaft, so ist er gleich Null, und wird
es bleiben, so lange sich die Sozialdemokratie nicht auf
den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt, sondern in
blinder Utopierei die Zeit vertreibt und obendrauf die
regierenden Kreise zu Ausnahmegerüsten reizt. Uns aber

soll dieses ein Ansporn sein zu weiterer Arbeit und
weiteren Fortschritten; was jene Bewegung uns nicht
bieten kann, die christliche Gewerkschaftsbewegung enthält
sie: Wahrheit und Kultur! Wohlan, machen wir Ge-
brauch davon!

Die veränderte Taktik der Unternehmer-Organisationen.

Die Taktik ist bei jedem Kampfe so einzurichten, daß mit
möglichst geringen Opfern der Gegner niedergesetzt wird. Es
sollten sich keine bestimmten Normen ausspielen, nach denen sich

die Taktik bei einem Kampf gut richten hätte, da die Stellung des Gegners und die allgemeinen Verhältnisse alle festgelegten Grundsätze über den Kauen verseen würden. Die Gewerkschaften haben nun in obigem Schne von Anfang an gehandelt, um mit möglichst wenigen Opfern doch den Erfolg zu erringen. Doch auch die Taktik der Unternehmer hat sich in letzter Zeit bedeutend geändert, eine kurze Betrachtung wird das bestätigen.

Die organisierten Arbeiter hatten von dem Unternehmer gelernt, nämlich daß ohne Organisation der Unternehmer den Arbeitsvertrag dem einzelnen Arbeiter einfach dictirt. Es lag nahe, bei einem Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die gesamten Unternehmer anzugreifen, sondern nur den einzelnen. Es ist ja bekannt, wie durch Einzelverträge manche Verbesserungen durchgeführt wurden. Die Unternehmer selbst, meistens nicht organisiert, und wo sie organisiert waren in Zunungen, leisteten als Person den Gewerkschaften Widerstand. Das änderte sich aber alsbald, als das Unternehmertum einsah, daß fester Zusammenschluß geeignet sei, den Arbeiterorganisationen wirksam entgegenzutreten.

Die Innungen, die durch den Gelehgeber gefördert wurden, haben zweifellos den Zusammenschluß der Unternehmer bewertetigen helfen. Die Stellung der Innungen und auch sonstiger Unternehmerverbände ist bekannt, jede Verhandlung mit den Gewerkschaften wurde abgelehnt, Kollektivverträge schädigten das Heinerde, so behaupteten die Unternehmer — und würden deshalb niemals darauf eingehen. Mancher Kampf wurde geführt um die Anerkennung der Organisation zu erzwingen, überhaupt ein vollständiger Systemwechsel, wenn man es so nennen darf, mußte erreicht werden, der darin bestand, daß an Stelle der traditionellen

Um die Einführung der Quellensteuerung auf Wirtschaftlichkeit zu bringen, mußte erreicht werden, der darin bestand, daß an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages der Kollektivvertrag zur Einführung gebracht wurde.

Um die Einführung des Kollektivvertrages zu verhindern, haben die Unternehmer schon allerlei Mittel angewandt. Durch scharfmächerische Treiben des Centralverbandes der Metallindustriellen, an deren Spitze Buse und Konsorten stehen, ermutigt und unterstützt, haben auch die Unternehmer im Baugewerbe ihre Organisationen ausgebaut und zentralisiert. Die Führung in bewerkschaftlichen Kämpfen übernahm der Arbeitgeberverband das Baugewerbe. Die Leiter des Arbeitgeberverbandes verlängten bald eine andere Taktik, als die der Innungen. Um vor dem öffentlichen möglichst reingewaschen dazustehen, traten sie mit den Führern der Gewerkschaftsbewegung in Unterhandlungen ein, wenn es auch schwer fiel. Da aber die Unternehmer zu den Verhandlungen gleich ihre fertigen Beschlüsse mitbrachten, so klappten die Verhandlungen gewöhnlich scheitern, denn die organisierte Arbeiterschaft verlangte das Mitbestimmungsrecht bei

Es kam zum
Bef
der
b

So ist es zu verstehen, wenn die Unternehmer danach strebten, ihre Bezirke einzusperren, wie die Aussperrung 1904 in Mittel-Deutschland und 1905 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bewiesen. Mit der Tatsache, daß der Kollektivvertrag nicht mehr der Welt zu schaffen ist, hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe sich wohl abgesunden. Während nun die Unternehmer früher versuchten dem einzelnen Arbeiter ihren Willen aufzuzwingen, wird jetzt versucht, der Gesamtarbeiterschaft den Willen der Unternehmer im Kollektivvertrag aufzuzwingen. Versiegt der Beweis dafür. Die Berliner Unternehmer, die beim Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angehören, wollen die Verkürzung der Arbeitszeit nicht beihilfieren. Weil die organisierte Arbeiterschaft ihren Willen nicht akzeptierte, wurde ausgesperrt. In Berlin sind die Unternehmer die Angreifer, die Gewerkschafter hatten den Völkerkampf zu führen. Ist sehr wahrscheinlich, daß der Arbeitgeberverband noch oft suchen wird, der organisierten Arbeiterschaft seinen Willen mit Tatschlagschluß aufzuzwingen. Die Gewerkschafter werden mit nicht einverstanden sein, und die organisierten Unternehmer werden dann bei schlechter Konjunktur große Aussperrungen inszenieren, um so ihren Willen durchzusetzen. Also für Zukunft ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer in Zeiten dicker Konjunktur die Gewerkschafter angreifen und es noch zu nötigen Kämpfen kommen wird. Werden die Unternehmer die Arbeiterschaft niederringen?

Die Antwort hierauf wird die organisierte Arbeiterschaft zu können. Es wird davon abhängen, ob mit zäher Ausdauer Opferwilligkeit jeder wie bisher seinen Mann steht. Die Unternehmer im Baugewerbe müssen, daß die Arbeiterschaft ihnen ein Gegner war, der sie zu manchem Zugeständnis gezwungen hat. Für die Zukunft wird das nicht anders werden. Unternehmer, die anfangs keine Tarifverträge abschließen wollen, zweigern sich heute noch kaum. Auf einen längeren Zeitraum im Baugewerbe kann vorläufig nicht gerechnet werden, so lange die Unternehmer sich mit großen Ausperrungsversuchen tragen, um ihren Willen einseitig durchzusetzen, kann es zum Streben kommen. Das mag für solche, die in jedem Kampf ein Verbrechen sehen, bitter sein, den Streben, den diese Unternehmer erwarten, eine Harmonie auf ewig, erwarten wir nicht, wird es wohl nie geben. Denn so lange in der Menschenbrust Drang nach vorwärts vorhanden, das Streben nach einer neuen Kultur, wird es Spannungen geben. Wohl hoffen wir, wenn die Gegner oneinander ihre Kräfte probiert haben, beide sich der Einsicht nicht verschließen, daß ein Kampf zwecklos ist, es wohl eine kampflose Zeit geben wird. Bis dahin soll die Streben der Gewerkschaften zu stärken und vor allem in nächster Zeit bei jedem Kampf strenge Disziplin zu üben. In der Vergangenheit wurden die Angriffe der Unternehmer erfolgreich zurückgeworfen, mit wenigen Ausnahmen. Je stärker die Arbeiterschaften Unternehmern Widerstand leistet, desto eher wird sich dieser Widerstand brechen, daß starke Organisationen und zwischen diesen abgeschlossene Tarifverträge sehr geeignet sind, einen mehrjährigen Frieden im Baugewerbe zu schaffen.

Rundschau

Ramacharitam.

300 Schritte in der Tarifvertragsbewegung.

Zug der aufbrezenden Arbeitskämpfe, die in den letzten Monaten wiederum eingeleitet und durchgeführt wurden sind, hat bis Jahr 1907 für die Entwicklung des Tarifgebäude noch wieder ganz Rücksicht geheabt. Zunächst bedeutet es einen großen Fortschritt, daß das Russische Staatsliche Amt ein besonderes Tarifvertragsmaß eingeschreibt hat, in dem die wichtigsten Belehnungen der abgeschlossenen Tarifverträge vermerkt werden. Durch diese Ausarbeitung wird nicht nur ein besserer Überblick über die ganze Tarifvertragsbewegung geführt, es wird dadurch auch daran erinnert, daß die Tarifverträge im einzelnen eine solche Gestalt bekommen, und zuverlässiger ausgearbeitet werden. Allzu im Rohergetriebe müssen in der ersten Hälfte des Jahres 200 Tarifverträge abgeschlossen; da von den Mitarbeitern in der gleichen Zeit 488 Sozialbewegungen eingeschleift wurden und so ergeben sich mehr als zwei Drittel aller Bewegungen mit Mindest eines Tarifvertrages. Mit es bei diesen 488 Bewegungen nicht 100-120 Jahre ohne Tarifvertrag geworden, so liegt nun wohl eine Menge behaupten, daß ohne die Tarifverträge diese Bewegungen sich längere Zeiträume ausgedehnt hätten. Es ist aber keinem Zweck dient, wenn man die Tarifverträge mit diesen

Auch in den schwäbigen Bauberufen kommt es häufig zu Tarifverträgen. So haben die Maler außer vielen anderen Tarifverträgen, die nur für bestimmte Städte Gültigkeit haben, einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für ungefähr 40 der bedeutendsten Städte in Rheinland-Westfalen einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen feststellt. Im Töpfert- und Steinzeuggewerbe, bei den Steinmetzen, Bildhauern, Stuckateuren, Gläzern, überall hat der Tarifvertrag in den letzten Monaten eine weite Verbreitung gefunden. Auch in der Metallindustrie, wo die Arbeitgeber sich gegenüber dem Tarifvertrag am längsten ablehnend verhielten, gewinnt die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse immer mehr Eingang. Außer im Buchdruckergewerbe gibt es schon eine ganze Anzahl Berufe, in denen die weit aus größte Anzahl der Arbeiter unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen tätig ist. Wie sich die Gewerbeinspektoren schon öfters lobend über die Erfahrungen mit den Tarifverträgen ausgesprochen haben, so sehen auch Arbeitgeber mehr und mehr ein, daß die tarifliche Bindung der Arbeitslöhne und Arbeitszeiten Vorteile hat. Sehr günstig hat sich zuletzt wieder die Freiburger Handwerkerkammer über die mit den Tarifverträgen gemachten Erfahrungen ausgesprochen. Die Hauptvorteile für den Arbeitgeber werden hervorgehoben: die nichtjährige Stetigkeit im Gewerbe und die bessere Kalkulationsmöglichkeit der Meister. Wenn alle Arbeitgeber eines Bezirks die gleichen Löhne bezahlen müssen, so kann naturgemäß Preisunterbietung weit weniger hervortreten, als wenn die Entlohnung der Arbeiter uneinheitlich ist und große Differenzen besteht.

auf das Seinseitz, in dem er entschädigt werden soll für Sorgen und Müthen des irdischen Jammerlaßes, nichts der denkende Arbeitet hat diesen falschen Freunden im Längst verächtlich den Rücken gekehrt, er weiß, was er vom Predigern der „christlichen Gedankenliebe“ zu halten hat, er doch ihre Stimme hören überall, wo Ketten geschmiedet gegen die Freiheit derer, die milhselig und beladen die schaffen für das Wohlbefinden derer, die ihn hassen, quälen ausbeuten und verfolgen. Die aufgeklärten Arbeiter in ihrem Herzen längst alle Götterbilder zertrümmernd Glauben an eine ausgleichende Gerechtigkeit hier wie gründlich abgetan.“

Was bleibt da noch für den armen bedrängten Arbeiter nichts? Muß ihm da nicht jene Verzweiflung und Enttäuschung greifen, die ihn das Leben nur zur Qual machen? Wie kann er sich nichts zu bieten, aber alles genommen, eine ausgleichende Gerechtigkeit gibts. weder hier wie im Jenseits! Fribolenz gewissenloser wie hier ist wohl selten etwas ausgesprochenen. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften diese in das Innere des Menschen in so gewaltiger Weise beheben, so folch leichtfertiger Weise behandeln und beantworten, ist es leicht begreiflich: „Die Geister, die ich rief, die werden nicht los.“ Und tagtäglich sehen wir ihre Früchte.

Weiterer Rückgang des Ziegelsteinabsatzes Sächsisch-Westfälischen Ziegelsteinindustrie.

Im Juli 1907 war der Verstand an Biegelsteinen ebenso friedigend wie in den Vormonaten. Die zwölf Verlaufsve des Syndikats konnten nur 44 253 500 Steine unterbringen, gegen 47 894 000 Steine im Vormonat und 51 891 500 Stein wesentlich geringerer Beteiligung im Juli des vorigen Jahres. Einigermaßen befriedigend gestaltete sich der sezierte Monatsverstand in den Bezirken Witten, Oberhausen, Unna und Waltrop, schwarz war er dagegen in den Bezirken Dortmund, Hamm und Reck-hausen. Der Gesamtverstand in den verflossenen ersten sezierten Monaten dieses Jahres betrug 242 707 900 Steine gleich 29 % der diesjährigen Beteiligungsziffer, oder 45 Proz. der beschworenen Sollproduktion, oder 34 Proz. vom Bestand und der Produktion, gegenüber 277 795 100 Steine oder 85 Proz. Beteiligung in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wirtschaftliche Bewegung.

Bzug fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer, Fuhrer
Bauhilfsarbeiter, Gruschnit, Maurer, Weissenburg i. G.,
Sperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Vandet
(Maurer), Kahberg (Steinarbeiter), Stimmern (Zimmer
Hagenau (Maurer), Steinstadt, Westpr., Zementsfabrik Rolf,
(Hilfsarbeiter), Elbersfeld (Fliesenleger), Sperrre über die Flie-
Kunnenhöller, Varmenstittershausen, Kaufbeuren (Maurer
Bauhilfsarbeiter), Soppot (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter),
Goch (Maurer), Bochum (Sperrre über Wingenfeld), G-
a. d. Ruhr (Stuckaturen, Sperrre über Zwischenmeister Helm-
und Heinemann und Flüs), Mülkort, Sperrre über die Flie-
Meher, Hagen (Fliesenleger), Sperrre über den Postneubau, G-
feld, Aussperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmer-
Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhi-
arbeiter).

Geirk Königsberg.

Bischofstein: Um der heisigen Lohnbewegung bei Bimmermeister Herrmann ist die Lage unverändert. Bis jetzt haben sich vier Streikbrecher entweder lassen; einer davon ein Bischofsteiner namens Buchholz, konnte vorher keine Arbeit bekommen. Nachdem aber unsere Kollegen in den Streik traten, spielte er den Stausreifer, indem er schon am vierten Tage Streikbrecher wurde; ja war natürlich denn Unternehmer auch dieser Aachkollege recht willkommen, obwohl er vorher trotz Färsprache keine Arbeit erhalten hatte. Auch die anderen drei Streikbrecher sind jedoch Elemente, welche trotz der guten Konjunktur in der Provinz keine Arbeit erhalten konnten; wir wünschen Herrn Herrmann noch mehr davon, damit der Geldbeutel mal etwas leichter hält. Einer von diesen Stausreifern ist Mitglied des sozialen Mautverbandes und heißt Johann Machan; dieser edle Genosse versetzte sich von unserem Vorsitzenden S. Marx, angeblich, er wohnt abreisen. Der gute Mann verlangte zuerst einen Woche lohn, ist jedoch noch heute in Arbeit; wir werden diesen ehrlichen Sozi wegen Expressung zur Anzeige bringen. Von unseren organisierten Kollegen ist noch keiner fahnenflüchtig geworden, dagegen sind alle auswärts beschäftigt, und so wird sich wohl obendrein Herr Herrmann bald bequemen müssen, mit unserer Organisation wieder Frieden zu schließen. Zugang ist dringend fortzuhalten.

Beiträge Köln.

Kachen, 19. August. Nach 17 wöchigem, harnäckigen Kampf ist derselbe erfolgreich beendet worden. Was die Kollegen zu erreichen hofften, ist mit den Arbeitgebern verhandelt worden. Bei Aufnahme der Arbeit steigt der Lohn für alle Berufe um 3 Pf., 1908 wiederum um 2 Pf. und 1909 um weitere 2 Pf. Bisher stand der Lohn für Maurer 40 bis 45 Pf., für Hilfsarbeiter 25 bis 35 Pf., für Grundarbeiter 35 bis 40 Pf. im Tarif sind nunmehr die Löhne festgelegt für Maurer bis zum 31. März 1907 43 bis 47 Pf., vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 45 bis 49 Pf., vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 47 bis 51 Pf. Die Bauhilfsarbeiter erhalten in demselben Zeitraum 10 Pf. weniger wie die Maurer. Die Grundarbeiter erhalten in demselben Zeitraum 38 bis 42 Pf., 1908 40 bis 44 Pf., 1909 42 bis 46 Pf. Bei Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag. Für Sonntagsarbeit 100 Proz., für Tiefbauarbeit 25 Proz. und für Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag. Arbeitszeit ist 10 Stunden. Die Löhne sind gegen das Jahr 1905 um 50 bis 60 Proz. gestiegen. Für die Poliere wurde festgelegt, dass sie, falls sie bei Regenwetter am Bau verbleiben müssen, diese Zeit mitgezahlt erhalten. Früher wurde dafür vielfach nichts bezahlt.

Sollten wir den Lohnsklaven sagen, daß sie ausdauern und in Geduld, bis der Tag kommen wird, an dem der letzte Feind gefangen von seinen zusammengeraubten Schäßen aufgedeckt und den heute verachteten seiner Lohnsklaven die weit geöffneten Wunderarme führt? Das wäre nicht nur das, das wäre auch falturwidrig. Die Sozialisierung der alten Gesellschaft ist noch nicht möglich, dieses Ideal ist noch weiter ferne, die Schanden der heute lebenden Lohnsklaven den Mangel vermodert sein, wenn einmal der verheiligene Tag eintreten sollte. In dem armseligen Dasein unserer heutigen Lohnsklaven ändert auch die Gewissheit von dem notwendigen Mannesbruch des Lohnsystems nicht das geringste. Sie werden friedlichen Untergang desselben kaum mehr erleben." Und ist die Hoffnung der "heutigen" Lohnsklaven mit die Märches begreifen trotz aller Prophezeiungen. „Sieht es nicht!“, das ist hart und bitter, und ob es überhaupt einstigt, unerhördienlicher kann je. Da ist der Trost der neuen „Dienst“ denn der „Lohnarbeiter“ der Genossen, und von deren ja viele entschieden vorzuziehen. Das nennt man Ankörper fürs Leben; und was leuchtet trotzdem der „Bauarbeiter“ einige Zeilen weiter? Man höre.

Am Dienstag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im Jahre 1905 wurde den Maurern bei elfstündiger Arbeitszeit ein Tagelohn von 2,80 bis 3,40 M. bezahlt; nur einige Wenige erhielten 3,50 M. Die Hilfsarbeiter standen diesen Sätzen gegenüber um 1 M. niedriger. Nicht viel besser sah es bei den Grundarbeitern aus. Im Jahre 1905 wurde unsere Organisation im Aachener Gebiet eingeführt. Dank der grossen Opfer, die die Organisation hier gebracht hat, haben wir in der kurzen Zeit, wo wir organisiert sind, grosse Erfolge erzielt; denn 50 bis 60 Proz. Lohnerhöhung innerhalb so kurzer Frist hat nicht manche Stadt ihr Baugewerbe aufzuweisen. Der sozialdemokratische Verband haspelte schon seit Jahren hier herum, aber an die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wagte er sich nicht heran. Der Kampf war ein harter. Der Unternehmerverband stand einig da wie in keiner anderen Stadt Deutschlands, aber auch wir Kollegen standen wie eine Mauer. Einen Unterschied zwischen deutschen, holländischen und belgischen Kollegen gab es nicht. Das Band der Solidarität, wie es in der christlichen Organisation gepflegt wird, hielt alle umschlungen; nur wenige sind abtrünnig geworden. Nachdem der Kampf acht Wochen gedauert, bemühte sich der Oberbürg

„Bist der Erfunde nur, was der Sohnarbeiter gesetzungen
keine Zuchtschule zu verlassen, ist er für sein ganzes
Leben Zuchtschule zu Freudenheim“ auf Schmiede

15. Juli, veranlaßte der Oberbürgermeister durch Herrn Dr. Mendelsohn, Direktor des Statistischen Amtes, nochmals einen Streikbrecher-Agenten Sonnenschein mit dem Streikbrecher einen „rettenden Engel“ zu haben und es kam wieder nicht Einigung; zwar machten sie einige Zugeständnisse, die aber unnehmbar waren. Die Kollegen vermehrten die Vorposten den auswärtigen Bahnhöfen und belagerten Tag und Nacht Bahnhöfe und Landstrassen, um event. Zureisende aufzufangen, wodurch es gelang, das Streikbrecherasyl „reinzuhalten“. Allerweile machten sich die Folgen des langen Kampfes auch den handwerksmässigen Berufen bemerkbar. Der Verein der handwerksmässigen Berufe nahm eine Resolution an, in der Oberbürgermeister gebeten wurde, noch einmal eine Einigung zu versuchen. Am 17. August lud Herr Dr. Mendelsohn schmals zur Verhandlung ein und wünschte, dass drei Personen erscheinen sollten. An der Verhandlung nahmen die Kollegen Pet. Mayer, Bücher, Bezirksleiter Lange und der zugehörige anwesende Zentralvorsitzende Wiedeberg, seitens der Arbeitgeber J. Liprath, Kalf und der Geschäftsführer des Arbeitgeberbandes, Dr. Reisner, teil. Die Verhandlung dauerte von Morgens 10 Uhr bis abends 6½ Uhr mit einer Stunde Unterbrechung. Durch das vermittelnde Eingreifen des Herrn Dr. Mendelsohn kam es dann zu einer Verständigung, vorbehaltlich Genehmigung der beiderseitigen Versammlungen. Zu der schlussfassenden Versammlung waren auch die Kollegen, die neuen Bedingungen arbeiteten, geladen. Mit Zweidrittelmehrheit wurde dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Da der Arbeitgeberverband erst abends Versammlung hatte, durften die Kollegen noch nicht um Arbeit fragen. Auch hier zeigten die Kollegen wieder Disziplin und so stimmte dann auch die Arbeitgeberversammlung dem Resultat zu. Montags wurde dann Streikgeld ausgezahlt und Dienstag, den 20. August, die Zeit wieder aufgenommen, die seit dem 24. April geruht. Die Kollegen waren über den Erfolg sichtlich erfreut. Hierinfall der sozialdemokratischen Verbände nach zehnwölfwöchigem Kampfe in Berlin und Erfurt hatte etwas Stimmung erzeugt. In eine verärgerte Stimmung war die demokratische Verbandsleitung geraten, da sie vom Rathaus nicht zu den Verhandlungen geladen war. Sie machen Streikleitung unseres Verbandes einen Vorwurf, dass sie ohne sozialdemokratischen Verband verhandelt haben. Der christliche Verband habe die Verhandlung abstimmen müssen, wenn nicht die sozialdemokratischen Verbände zugezogen worden wären. Ob es im Interesse der Aachener Bauarbeiter gelegen hätte, glauben die sozialdemokratischen Herren doch wohl selbst nicht. Innerhin wussten die Genossen mittags, dass die Verhandlungen am Mittag fortgesetzt würden, da wir ihnen das in der Mittagszeit mitteilten, da hätten sie ja um Zulassung zu der Verhandlung anfragen können. Abends haben wir in einer gemeinsamen Sitzung ihnen das Resultat der Verhandlung genau mitgeteilt. Außerdem haben wir den Unternehmern erklärt, dass wir es für richtig hielten, wenn auch die sozialdemokratischen Verbände hinzugezogen würden, worauf diese entgegneten: Wir sind nicht dagegen, aber dann müssen sich die Herren bequemen, zu uns zu kommen, sollen wir ihnen etwa nachlaufen? Zu der Unterzeichnung des Vertrages, wo auch noch redaktionelle Änderungen vorgenommen werden sollten, waren die Leiter der sozialdemokratischen Verbände mit eingeladen und auch erschienen. Der Genosse Kessel erklärte, dass die Versammlung die festgelegten Löhne abhat hätte. Darauf erwiderten ihm die Unternehmer, dass dann ihr weiteres Vieren zwecklos sei. Herr Dr. Mendelsohn erklärte, ihnen vertrauen zu können, dass die Verträge des christlichen Verbandes mit einer starken Energie bei den Verhandlungen verriet hätten, dass herausgeschlagen worden sei, was möglich gewesen. Es sei das Resultat langer Verhandlungen, und wenn die Forderungen vom „freien“ Verband mit beiden Verhandlungen anwesend gewesen wären, hätte ich nicht mehr erreicht werden können. Darauf erklärte Genosse Kessel, sie wollten sich nochmals überlegen. Dem christlichen Verband kann bezüglich der Nichtzuziehung der sozialdemokratischen Verbände kein Vorwurf treffen, denn es verschulden das die sozialdemokratischen Verbände selbst. Ein besonderer Erfolg des Aachener Kampfes ist auch der, dass die Aachener Bauarbeiter einmal gezeigt haben, dass sie zu kämpfen verstehen. Den Einfluss und die Achtung, die sie sich durch den Kampf errungen, ist mindestens noch ebenso hoch einzuschätzen, als die Lohnerhöhungen. In der Zukunft wird man uns das nicht mehr bieten, was man uns im Frühjahr angeboten hat. Die Fuger müssen sich hier einmal an den Maurern, Grund- und Bauhofsarbeiten ein Beispiel nehmen. Sie mussten aus dem Vertrage ausscheiden, weil die Unternehmer ihre Pappenheimer kannten; das kommt davon, dass die Fuger glauben, die Organisation nicht notwendig zu haben. Darum, ihr Fuger, tretet geschlossen der christlichen Organisation bei, dann könnt auch ihr euer Verhältnis tariflich regeln. Allen Kollegen aber muss zugesprochen werden, der christliche Verband hat hier in Aachen mehr wie seine Pflicht getan. Jeder hat eingesehen, dass er im Zentralverband christlicher Bauarbeiter und Bauhofsarbeiter einen Schutz und Hort hat. Darum sei jeder ein Agitator. Es darf nicht eher geruht werden, bis der letzte Unorganisierte dem christlichen Verbande zugeführt ist.

Streifzüge durch die deutsche Arbeiterversicherung.

III.

Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit verursacht, im Voraussetzung des Anspruchs auf Krankengeld. Lieber die Frage, ob ein Versicherte auch dann Anspruch auf Krankengeld hat, wenn er nur teilweise in der Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist, oder nur eine geringere Stundenzahl täglich arbeiten kann, gehen die Meinungen sehr auseinander. Hierbei kommt es lediglich darauf an, ob der Versicherte ohne Gefahr der Verkürzung seines Zustandes seine Arbeit wieder aufnehmen kann. Ist dieses zu bejahen, so besteht ein Anspruch auf Krankengeld nicht, selbst wenn auch eine gewisse Erwerbsbeschränkung noch vorliegen würde. Auch für den Todestag eines Versicherten ist Krankengeld zu zahlen, wenn der Versicherte an diesem Tage stark und erwerbsunfähig war. Dem Anspruch auf Krankengeld steht nicht entgegen, wenn der Versicherte nach Vertrag oder Gesetz, während der Krankheit, sein oder Gehalt fortsetzt. Eine andere Frage ist die, ob er sich das Krankengeld auf den Lohn anrechnen lassen kann. Der § 616 B.G.B. schreibt für den Dienstvertrag aus, dass der Dienstvertrag, welcher nicht erhebliche Zeit ohne Bezugnahme an den Dienst-

leistung verhindert wird, zwar den Anspruch auf die Vergütung behält, sich jedoch den Betrag anrechnen lassen muss, „welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt“. Auf freiwillig Versicherte, namentlich auf Hilfsklassenmitglieder, ist diese Bestimmung nicht anwendbar. Handlungsgehilfen und Lehrlinge sind nach §§ 63, 76 des B.G.B. nicht verpflichtet, sich das Krankengeld, auf das Gehalt, worauf sie im Falle unverschuldeten Krankheit bis zu sechs Wochen Anspruch haben, anrechnen zu lassen. Dem zu widerstehenden Vereinbarungen sind nichtig. Der Anspruch auf Krankengeld ruht auch nicht während der Verhinderung einer Freiheitsstrafe, da das Krankenversicherungsgesetz eine Bestimmung wie § 84 F.G.B. und § 94 G.II.B.G., nicht enthält. Das Krankengeld ist nur bei der Gemeinde-Krankenversicherung die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter. Bei den organisierten Klassen dagegen ist der durchschnittliche Tagelohn der betreffenden Arbeiterklasse maßgebend. Außerdem ist die Zugrundelegung des wirklichen Arbeitsverdienstes und die Erhöhung des Krankengeldes auf mehr als die Hälfte des Lohnes zulässig.

Die Unterstüzungsdauer wurde durch die Novelle von 1903 von 13 auf 26 Wochen erweitert. Dieses war zweifellos der bedeutendste Fortschritt der letzten Novelle. Hierdurch ist auch der Mangel beseitigt, dass Versicherte, die über die 13 Wochen hinaus erwerbsunfähig sind, nicht ohne Unterstützung bleiben, da jetzt von der 26. Woche sofort die Invalidenversicherung in Form der „Krankenrente“ eingreift. Die Krankenunterstützung kann unter Umständen bis in die 52. Woche hineindauern, wenn nämlich die Erwerbsfähigkeit erst in der 26. Woche nach Bestehen der Krankheit eingetreten ist. In diesem Falle dauert auch der Anspruch auf Behandlung und Arznei über die 26. Woche hinaus, teinesfalls aber länger als der Krankengeldbezug. B. B.: mit Ablauf der 6. Woche nach der Erkrankung tritt Erwerbsunfähigkeit und infolgedessen Krankengeldbezug ein, dann hat der Versicherte, wenngleich er vom Beginn der Krankheit freie Kur gehabt hat, noch bis zum Ablauf der 32. Woche Anspruch auf Kur- und Krankengeld; wird er aber schon in der 27. Woche erwerbsfähig, aber noch nicht gefund, so entfällt mit dem Krankengeldbezug auch der Anspruch auf freie Kur. Die 26 Wochen beginnen nicht unbedingt mit dem Tage der Krankheit, sondern mit dem Tage, an dem die erste Unterstützung wegen der Krankheit stattgefunden hat. In dieser Frist ist der erste Tag, für welchen Unterstützung gewährt wird, nicht einzurechnen. Soviel die Unterstützung als auch das Krankengeld sind, wenn z. B. die erste Leistung am Montag erfolgt, bis zum Ablauf des Montags nach 26 Wochen zu gewähren, also für $26 \times 7 + 1 = 183$ Tage.

Die Unterstützung endet auch dann erst nach Ablauf der 26. Woche, wenn etwa schon vorher das Arbeitsverhältnis endet, ja, es ist die Unterstützung selbst dann (auf 26 Wochen) zu gewähren, wenn die während der Mitgliedschaft erkrankte Person erst nach Beendigung der Mitgliedschaft Unterstützung in Anspruch nimmt. Die Tatsache der Erkrankung bei bestehendem Versicherungsverhältnis begründet den Anspruch für die volle gesetzliche (oder statuten-mäßige) Zeit. Dieser Anspruch wird auch nicht dadurch berührt, dass in dieser Zeit das Versicherungsverhältnis (die Kassenmitgliedschaft) erlischt. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit gilt übrigens die Mitgliedschaft nach § 54a während der Dauer der Krankenunterstützung als fortdauernd.

Nach § 6a sind die Gemeinden ermächtigt zu beschließen, dass Personen, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen und freiwillig der Gemeinde-Krankenversicherung beitreten, erst nach Ablauf einer auf höchstens 6 Wochen vom Beitritt ab zu bewessenden Frist Krankenunterstützung erhalten; dass Versicherten, welche von der Gemeinde die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von zwölf Monaten für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintreten eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche, nicht gehobene Krankheitsursache veranlasst ist, im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtduer von dreizehn Wochen zu gewähren ist; ferner, dass Krankengeld allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen schon vom Tage des Eintretts der Erwerbsunfähigkeit ab, sowie für Sonn- und Feiertage zu zahlen ist. Die Gemeinden sind ferner ermächtigt, Vorschriften über die Krankmeldung, über das Verhalten der Kranken und über die Krankenaufsicht zu erlassen und zu bestimmen, dass Versicherte, welche diesen Vorschriften oder den Anordnungen des behandelnden Arztes zuwiderhandeln, Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden einzelnen Übertretungsfall zu erlegen haben. Vorschriften dieser Art bedürfen der Genehmigung der Ratsversammlung.

Bedeutend ist aber noch die Bestimmung des letzten Paragraphen, dass Versicherten, welche sich eine Krankheit vorzüglich oder durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändel oder durch Trunksfälligkeit zuziehen, für diese Krankheit das Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist.

„Vorzüglich“ bedeutet, dass die Absicht auf Herbeiführung der Krankheit gerichtet gewesen sein muss; der Entwurf des Gesetzes von 1883 enthielt statt dessen die Worte „eigenes grobes Verschulden“, diese Fassung wurde aber als zu weitgehend abgelehnt. Es genügt also nicht, dass das schädigende Ereignis von ihm vorzüglich herbeigeführt ist (z. B. Sprung aus dem Fenster). Vorsatz kann daher z. B. auch dann anzunehmen sein, wenn jemand in selbstmörderischer Absicht Hand an sich legt und sich dadurch eine Krankheit zuzieht. Meistens werden die Fälle jedoch so liegen, dass die durch den bereitstellen Selbstmordversuch verursachte Krankheit auch nicht als „eventuell gewollt“, mithin nicht als vorzüglich herbeigeführt angesehen werden kann.

Umgekehrt kann in Frage kommen, inwieweit sich der Erhalt einer Operation zu unterziehen hat, und ob der Widerstand gegen ärztliche Maßnahmen seinen Ursprung entgegensteht. Zu Operationen, die in die Unverträglichkeit des Körpers eingreifen (z. B. Wiederherstellung eines schlecht gehaltenen Armes) oder mit irgend einer Art verbunden sind, kann der Kranken nicht freigesetzt werden.

für verpflichtet erachtet werden. Widersteht sich aber der Kranken ganz grundlos und arglistig einer ungefährlichen ärztlichen Maßnahme, wodurch die Heilung nachweislich verzögert wird, so wird für die längere Dauer der Krankheit vorzügliche Verschuldung angenommen, und für diese längere Dauer kann das Krankengeld ganz oder teilweise entzogen werden.

Zugleich ist des Wortes „Schuldhafte Beteiligung oder Raufhändel“ wird im allgemeinen angenommen, dass solche schon vorliegt, wenn bei wechselseitigen Tätschkeiten auch nur der Versicherte schuldhaft gehandelt hat. Dagegen genügt nicht bloßer Widerstand gegen die Staatsgewalt, welche dem Versicherten eine Schädigung zugezogen hat, wodurch hier weder eine Schlägerei noch ein Raufhändel vorliegt.

Die weitaus größte Bedeutung für die Klassenmitglieder ist zweifellos in der Bestimmung enthalten, die besagt, „dass Versicherte, welche von der Gemeinde die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraums von zwölf Monaten für 26 Wochen bezogen haben...“ (siehe oben!) im Laufe der nächsten zwölf Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtduer von dreizehn Wochen zu gewähren ist.“

Grundsätzlich bildet jede neue Errichtung einer neuen Unterstützungsfall“, d. h. sie begründet den Unterstützungsanspruch für die volle gesetzliche (oder statuten-mäßige) Dauer ohne Anrechnung der Zeit, für welche in einem früheren Falle Unterstützung bereits gewährt worden ist. Dabei ist es unerheblich, ob die beiden oder mehrere Fälle auf eine und dieselbe Krankheitsursache zurückzuführen sind. Es genügt, wenn zwischen ihnen eine Zeit liegt, in der bei vernünftiger Lebensweise nach sachverständigem Befinden weder ärztliche Behandlung oder die Anwendung von Heilmittel erforderlich, noch Erwerbsunfähigkeit gegeben war. Beispiel: Ein Mitglied einer Kasse, für 52 Wochen Unterstützung gewährt, erkrankt am 15. Juni 1903 an Bluthusten auf tuberkulöser Grundlage. Früher hatte der Kranke schon wegen eines tuberkulösen Lungentuberkels entweder ununterbrochen 26 Wochen hindurch oder zwar in kleinen Zeiträumen, aber doch im Laufe von zwölf Monaten zusammen für 26 Wochen Unterstützung von derselben Kasse erhalten, und zwar zuletzt bis zum 30. April 1903. Dann kann er für die neue Erkrankung vom 15. Juni 1903 und für etwaige weitere Krankheiten auf tuberkulöser Grundlage in dem Jahre vom 30. April 1903 bis zum 30. April 1904 zusammen höchstens für 13 Wochen Unterstützung, und auch diese nur im gesetzlichen Mindestbetrag beziehen. Sind diese 13 Wochen erfüllt, so ruht jeder weitere Anspruch; erst nach dem 30. April 1904 kann, wenn der Kranke dann noch Mitglied ist, bei Eintreten eines Unterstützungsfalles auch ein neuer Unterstützungsanspruch erwachsen.

Nach § 7 des B.G.B. kann „an Stelle der im § 6 vorgeschriebenen Leistungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewährt werden, und zwar für diejenigen, welche verheiratet sind, oder eine eigene Haushaltung haben, oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, mit ihrer Zustimmung, oder unabhängig von derselben, wenn die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, welche in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, oder wenn die Krankheit eine ansteckende ist, der Erkrankte den Vorschriften der Kasse zuwider gehandelt hat, oder wenn dessen Zustand oder Verhalten eine fortgelebte Beobachtung erfordert; für sonstige Erkrankte unbedingt. Hat der in einem Krankenhaus Untergebrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, so ist neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des im § 6 als Krankengeld festgesetzten Betrags für diese Angehörigen zu zahlen.“

Unter den Voraussetzungen des § 7 hat die Gemeinde oder Kasse das Wahlrecht zwischen den Leistungen aus § 6 und denen aus § 7; sie „kann“ Krankenhauspflege anordnen. Einen Anspruch auf dieselbe hat aber der Versicherte gegen die Kasse grundsätzlich nicht, auch dann nicht, wenn etwa das Statut bestimmt, dass unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. auf Antrag des Kassenarztes, Kur und Verpflegung im Krankenhaus gewährt werden soll. Das Wahlrecht der Kasse schließt kein Zwangsrecht ein; sie hat weder Befugnis noch Mittel, die Unterbringung im Krankenhaus gegen den Willen des Versicherten durchzusetzen. Aber aus ihrem Wahlrecht folgt, dass der Versicherte jedes Anspruchs auf Krankenunterstützung für die Dauer seines ablehnenden Verhaltens verlustig geht, sofern nicht die Ablehnung gerechtfertigt ist. Betreffs der Voraussetzungen für die Anordnung der Krankenhauspflege unterscheidet das Gesetz zwei Kategorien: solche Krante, die nur unter bestimmten Voraussetzungen, und solche, die unbedingt in ein Krankenhaus eingewiesen werden dürfen.

Zur ersten Kategorie gehören in erster Linie die Verheirateten und andere Personen mit eigener Haushaltung, d. h. mit eigener Wohnung, in der sie selbst oder durch Familienangehörige, Dienstboten u. v. für ihre Belastigung sorgen, so dass auch in Krankheitsfällen ihre Pflege möglich ist. Diese Versicherten soll Krankenhauspflege grundsätzlich nur mit ihrer Zustimmung und nur in besonderen Ausnahmefällen ohne ihre Zustimmung gewährt werden dürfen. Bei der zweiten Kategorie von Personen, d. i. solchen, welche außerhalb einer eigenen Haushaltung oder derjenigen ihrer Familie leben, ist die einseitige Anordnung der Krankenhauspflege durch die Kassenverwaltung in allen ihr geeignet erscheinenden Fällen zulässig.

Recht ärgerlich

über uns ist der „Grundstein“, dass wir in der „Baugewerkschaft“ vermerkt, in einigen sächsischen Wahlkreisen habe die „freie“ Gewerkschaft die sozialdemokratische Partei anlässlich der Reichstagswahl mit 8078 W. unterstützt. Er nennt unsere Stellung dazu ungemein kleinlich und beschränkt und lasse jede großzügige Begründung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen vermissen. Wer die „großzügige Würdigung“ der Gewerkschaft durch den Grundstein kennt, wird sich ob dieser Klage ja eines stillen Lachens nicht verwehren können. Wer immerhin bedurfte es der Mahnung des „Grundstein“ nicht, wie wissen sowohl die Entstehung der sozialdemokratischen Partei aus den veränderten wirtschaftlichen und politischen

Verhältnissen wie geistigen Strömungen zu würdigen, als auch die Bestrebungen der Vereinigung zwischen Partei und Gewerkschaft, um beiden dadurch eine erhöhte Optionsfähigkeit zu sichern. Ist dies schon aus der bei beiden bestehenden Personalunion erklärt, so noch mehr als viele Fragen, welche die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter berühren, durch das Parlament ihre Reglung finden. Wir stehen auch gar nicht an zu sagen, daß wir glauben, daß ein Teil der Partei und Gewerkschaftsführer ehrlich davon überzeugt ist, durch genannte Vereinigung am besten der Arbeiterklasse zu dienen, es gibt aber auch solche, welche die Gewerkschaft nur als notwendiges Nebel zu politischen Zwecken ansehen. Letztere kennt den „Grundstein“ ebenfalls selbst am besten. Dies Mass gedacht, liegt die politische wie gewerkschaftliche Einheit als das höchst zu erreichende Ziel ja auch nur allzu nahe. Über, und nun kommt das Entscheidende: Solches ist nur möglich, wenn sich sämtliche Arbeiter zu den gleichen politischen Ideen und Partei bekennen. Hier aber trennen sich die Geister; es war beim Sozialismus nicht möglich, auch nur allein die Arbeiterklasse, und diese hätte doch am meisten von ihm zu erwarten, von seiner inneren Wahrheit zu überzeugen. Gewiß, die wirtschaftliche Gleichheit sowie die Vermeidung von Ausbeutung der Menschen durch den Menschen in sozialistischem Sinne gedacht, hat etwas Bestechendes an sich, aber es hieße die Natur des Menschen doch viel zu viel erkennen, wollte man dessen Verwirrung auch nur im entferntesten annehmen. Die ausgeprägte Individualität des einzelnen bildet hier ein so gewaltiges Hindernis, daß selbst die heutige sozialdemokratische Partei ein bitterböses Leid davon singen kann. Wirtschaftliche Fragen und Probleme werden immer von den eigenen persönlichen Interessen und Ansichten beherrscht, über die Erreichung des gebrochenen Ziels kann man verschiedener Meinung sein und auch verschiedene Wege gehen. Das hat auch der Marxismus im Laufe der Zeit erfahren müssen; feststehende Normen gibt es hier nicht, und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind der Veränderung unterworfen.

Der gleiche Unterschied besteht auf geistigem Gebiet, aber will man den gewaltigen Unterschied zwischen materialistischer und gottesgläubiger Weltanschauung leugnen? Die Verschaffung des Materialismus durch die Sozialdemokratie bedingte die weitere Scheidung.

Nun entsteht aber die Frage, ob es trotzdem nicht möglich gewesen wäre, den Gewerkschaften einen Boden zu geben, auf dem alle Arbeiter sich hätten einheitlich zusammenschließen können? Wir wagen diese Frage zu bejahen. Würde man sich in Würdigung der gegebenen Verhältnisse auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränkt haben, die Verschaffung der Fragen, die vom Parlament gelangen, den einzelnen Arbeitern in den ihnen zugesagenden Parteien überlassend, dann wäre es sehr wohl möglich gewesen. Das ist unsere Ansicht vom rein Kaufmännischen Standpunkt, die Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung eines höheren, über den wirtschaftlichen Fragen liegenden Ideals bedarf, lassen wir dabei wissen. Und diese Einsicht hat auch bei den Sozialdemokraten bestanden, das beweist die gehuchte gewerkschaftliche Neutralität. Weil aber die politische Leidenschaft die gewerkschaftliche übertraute, wurde letztere als Mittel zum Zweck gebraucht. Und in Würdigung der auch heute noch vielsach gehuchten Neutralität verbunden mit den praktischen Erfolgen der Sozialdemokratie, an deren guten Absichten wir ja nicht zweifeln wollen, die aber durch ihre Taktik mehr verdorben wie gut gemacht hat, kritisieren wir jede Abgabe an jene Partei, zumal auch der ursprünglich angegebene Zweck der Gewerkschaftsbeiträge ein anderer ist, aber auch der politisch nicht zu den sozialdemokratischen Partei gehörnde mit dazu beitragen muß. Das ist unsere Stellung, und wie das der „Grundstein“ so nennen beliebt, absolut wurschtig.

Um hatten wir im Anschluß an unsere Notiz bemerkt, daß der „Grundstein“ die finanzielle Unterstützung der Partei ableugne. Darauf verlangt er Beweise und meint anwisch, er verlange im allgemeinen ja nicht, daß wir ihm (dem „Grundstein“) auferksam lesen, aber wenn wir ihn kritisieren wollten, sollten wir ihn auch kennen. Sein „Alles“, gerade deswegen, weil wir ihn lesen, kritisieren wir. Es ist sich aber wahrschägig kein gutes Zeugnis selbst ausgestellt, wenn man anscheinend vergibt, was man gesetzten, und wäre deshalb etwas mehr Bescheidenheit glücklicher, als so von oben herab in pedantischen Säume seine Lehren auszuteilen. In Art. 24 des „Grundstein“ nämlich heißt es in dem Artikel „Die „Geben“, die „Schwarzen“ und wir“ in einer Replik gegen die „Germania“ ausdrücklich, daß sie (die „Germania“) die alte, erbärmliche Lüge wiederholt, daß die Gewerkschaftsgruppen für die Zwecke der sozialdemokratischen Partei verwandt werden. So nun haben wir dem „Grundstein“ gesagt, wo es steht, was er selbst geschrieben, das andere kann er sich wechseln lassen. Aber heißt dieses nicht die finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei fröhlig abgeleugnet? „So bleibt hier die Wahrheit und die Ewigkeit!“

Bemerkter „Grundstein“ dann in der gleichen Nummer bezüglich unserer Bemerkung in Nr. 32 der „Baugewerkschaft“: daß wir angedeutet am Vorabend einer allgemeinen Polizeiabschaffung standen, uns als naive Peute findet, denn eine solche Sphäre habe schon immer bestanden, so sind wir der Meinung, daß die Sphäre des „Grundstein“ von der Partei nicht allzu viel verstehen würden. Wir sind nämlich schon oft dabei gewesen, als von sozialdemokratischen Führern in öffentlichen Versammlungen die Polizei wegen ihrer Haltung bei Sozialbewegungen über den Graden Sieg gesiegt wurde. Dann ist doch von seiner Sphäre zu reden. Wir raten daher den Kollegen des „Grundstein“, sich mehr zu überlegen, was sie schreiben, auch etwas mehr Bescheidenheit, sie möglichen Schaden ist mir allen Sicherheit.

Soziales.

Wandlungen im Gewerkschaftsrecht in Amerika.

Seit einiger Zeit erscheint der Verhandlungsbericht des Amerikanischen Gewerkschaftsrechts in einem Bande unter dem Titel: „The American Labor Movement“.

hätten gewünscht, wie gering für Unfälle der Schutz der Arbeiter ist. Bisher haben die deutschen Sozialdemokraten zwar verschiedentlich zugegeben, daß die deutsche Arbeiterversicherung bisweilen keine gegenüber anderen Ländern sei, das dafür aber Deutschland in Bezug auf den Schutz des Arbeiters gegen Unfallgefahren im Rückstand sei. Nach den Darlegungen in der „Neuen Zeit“ liegen aber z. B. gerade in Nordamerika die Verhältnisse außerordentlich ungünstig. Besonders der Kinderarbeitsmarkt wird gefragt, daß die Verhältnisse schlechter sind als in jedem anderen Lande, zu Behauptungen werden Kinder bei einer täglichen Arbeit von 15 bis 18 Stunden beschäftigt, bis noch nicht sechs Jahre alt sind. Bei Unfällen erhalten die Arbeiter meistens nicht die geringste Entschädigung, denn die gesetzlichen Bestimmungen lauten so, daß der Unternehmer keine Entschädigung zu bezahlen braucht, wenn irgend ein Arbeitsgenossen, Untergebener oder Vorgesetzter, direkt oder indirekt den Unfall herbeigeführt hat. Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Arbeitgeber wäre es deshalb, wenn die deutschen Sozialdemokraten auf dem internationalen Kongress ihren Einfluß dahin geltend machen könnten, daß die Sozialisten der anderen Länder zu Hause den Arbeitgebern die gleichen Kosten auferlegen wie in Deutschland.

Über die Umwandlung von Krankenrenten in Dauerrenten.

hat das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben an die Versicherungsanstalten Grundsätze festgestellt; es heißt darin u. a.: Manche Versicherungsanstalten und andere Versicherungssträger nehmen eine Umwandlung der Krankenrente in eine Dauerrente nur auf Antrag des Rentenempfängers vor. Dieses Verfahren beruht auf der Auffassung, daß die Umwandlung nur auf Antrag des Rentenempfängers erfolgen könnte. Das Reichsversicherungsamt vermag dieser Auffassung nicht beizutreten. Der Übergang der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit in dauernde Erwerbsunfähigkeit, der den Ursprung auf Bewilligung einer Dauerrente an Stelle der Krankenrente begründet, stellt sich als eine Änderung in dem Zustande des Rentenempfängers dar, die auch von Amts wegen berücksichtigt werden kann. Es wird daher regelmäßig dem Bedürfnisse nach einer möglichst baldigen endgültigen Regelung der Rentenangelegenheit entsprechen, wenn die dem Rentenempfänger statt der Krankenrente gehörende Dauerrente nicht erst auf Antrag, sondern von Amts wegen bewilligt wird.

Jahresversammlung des Ortskrankenklassenverbandes.

Die diesjährige Generalversammlung des Centralverbandes der Ortskrankenklassen im Deutschen Reich tagte in Mannheim. Als Vertreter des Badischen Ministeriums war Ministerialdirektor v. West erhielt. Reichsratsabg. Wöhrl (Wien) verglich die österreichische mit der deutschen Krankenfürsorge. Von so günstigen Verhältnissen wie in Deutschland könne er aus Österreich nicht berichten. Das Hauptinteresse beanspruchte das Verhältnis der Krankenklassen zu den Ärzten. Der Referent Albert Kohn (Berlin) führte aus, daß seit dem Jahre 1904 die Arztesfrage nicht mehr zur Ruhe gekommen sei. Die von den Ärzten erreichte freie Arzttewahl sei für manche Kassen geradezu der Muß. Es sei eine Binsenwahrheit, daß bei einer freien Arzttewahl an die Kassen auf ihr Verlangen immer mehr Medikamente verabfolgt werden als sonst. Nach langer Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Jahresversammlung nach wie vor zu den Leitsätzen bekannte, die vom Allgemeinen Kongress der Krankenkassen Deutschlands im Jahre 1904 niedergelegt sind. Die Jahresversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Absicht, die freie Arzttewahl gleichlich allgemein einzuführen und erachtet nach wie vor die Wahl des Systems der ärztlichen Verordnung als Aufgabe der einzelnen Kassen. In der Diskussion schlug der Vorsitzende Straßdorf den Abschluß eines Tarifvertrags mit den Ärzten vor. In der Nachmittagssitzung bezeichnete Apotheker Stoller (Charlottenburg) den veröffentlichten Entwurf eines Reichsapothekengesetzes als mangelhaft und in einer Revision als einzige mögliche Lösung der Apothekerfrage die Kommunalapotheken. Die Resolution wurde angenommen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vereinbarungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachverbandes. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zugung tüchtiger christlich-organisierter Maurer nach Büren i. W. erwünscht.

Zugung nach Gladbeck von Maurern und Bauarbeitern erwünscht.

Zu melden beim Kollegen Kreis, Christliches Gewerkschaftshaus, an der katholischen Kirche.

Zimmerer.

Kosten, den 18. August. Unsere heutige Versammlung war gut besucht. Kollege Kowalzyk begründete den Beschluß der Sozialer Generalversammlung bezüglich der Extrabeiträge. Er wies eingehend nach, daß die kommende Zeit große Gefahren für uns bringen werde, und da sei es notwendig, uns sicherzustellen. Den Abichten der Unternehmer gegenüber könnten nur wohlgefüllte Kassen als Abwehr in Betracht kommen. Die Kollegen möchten daher gern und freudig die geforderten Extrabeiträge zahlen. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Kollegen mit dem Referenten einverstanden und bedauerten die Haltung der Maurer, die sich noch weigern, trotzdem der Verband im vorigen Jahre mit ehrlichen Mitteln für sie eingetreten sei. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß seitdem die Zahlstelle der Zimmerer sich gern und gebildet habe, die Zahl der Mitglieder von 18 auf 54 gestiegen sei. Dies wurde mit Begeisterung eingehandelt, und es soll darauf hinzuvermerkt werden, daß auch der letzte Kollege in die Organisation hineinkommt.

Zimmerer, 10. August. Die Zeitung des sozialdemokratischen Zimmererstandes berichtet über das schwäbische Verhältnis des Abhängen des Orts zu seinem Landkreis, die eigenen Güter sind augenfällig, darüber ist gegen die Düsseldorfer Zimmerer ausdrücklich, daß sie den Düsseldorfer gewählt worden sind. Die Zimmerer hier die neuen Güter haben können.

sammengeschlossen. Der Haß auf die Christlichen soll Unstimmigkeiten im sozialdemokratischen Verbande bestimmen. Nr. 32 schreibt das Organ des sozialdemokratischen Verbandes der „Zimmerer“, u. a. folgendes: „Im Punkte Versicherung wurde das schäfe Verhalten der Christlichen nach der Zentralbewegung gerügt. Diese suchen sich auf alle mögliche Art zu schützen, um mit ihren Brüdern bei einer günstigen Gelegenheit die Plätze bei zentralorganisierten Zimmerer zu besetzen. Der Platz ist durch die Aufhebung unseres Streiks glänzend verloren. Auch die Mutter der Christlichen, daß wir ihre Produkte durchschaut haben. Sie versuchen den Streik in die Länge zu ziehen, um mit ihren Brüdern bei einer günstigen Gelegenheit die Plätze bei zentralorganisierten Zimmerer zu besetzen. Der Platz ist durch die Aufhebung unseres Streiks glänzend verloren. Auch die Mutter der Christlichen, daß wir ohne Zustimmung der Christlichen den Streik beendet haben, ist widerlegt, denn der Christliche Kamerad habe, hatte sich schon einige Tage vorher benutzt, in Verbindung gesetzt. Bei Beendigung des Streiks waren noch 18 Mitglieder zu unterstützen.“ Ist das aber Raffinerie und Verlogenheit, werben alle Kameraden für das. Das geht dann doch über die Hutschur. Um zu verhindern, daß die Düsseldorfer Zimmerer den Berlinern geopfert werden, daß sie die roten Führer auf die Hebe gegen die Christlichen Organisation, gegen diezeitigen, die bis zum Schluss treu dienten, ja, gegen die, die selbst dann noch festhielten, einen Teil der Christlichen, die Arbeitnehmer um Arbeit anbehalten. Also um die Christlichen aus den Gefilden zu vertrieben wurde der Streik seitens der Genossen plötzlich und ohne Mitteilung abgebrochen. Das ist nun, daß der Christliche Organisation solches unterstellt wird. Wir meinen, wenn sozialdemokratische Zimmererverband kein Geld zum Streik führen hätte, hätte er den Streik überhaupt nicht befohlen sollen. Es ist durch dieses Verhalten nicht nur den Zimmerern Schaden zugefügt, sondern die ganze Bauarbeiterbewegung Düsseldorfs, die bisher gewisslich als unbestiegbar galt, plärrt. Es wird das auch für das nächste Jahr seine Folgen haben. Wir werden diese heimatkundlichen Organisationen nicht mehr im Auge behalten. Frau, schau, wem?

Stukkaturen.

Aus der Pfalz. Zu Neustadt a. S. haben die „frei“ organisierten Gipser die Sperrre über das Geschäft des Meisters verhängt. Die „Genossen“ haben bei Bekämpfung die Pflicht an, daß der Meister den Tarif nicht eingehalten habe. Letzterer aber erklärt, daß der Ausritt einiger „Bibelkämpfer“ erfolgt sei wegen Nichtentlassung einiger fauler Zahler zu „frei“ Verband. Für ihn sei die Nichtbezahlung der Beiträge zur Organisation kein Grund zur Entlassung aus dem Geschäft. Die „Genossen“ waren bald mit ihrem Amt zu Ende, die Sperrre blieb aber bestehen, und noch heute (19. Aug.) hieß es in der „Pf. Post“: „Vor Zugang wird gewarnt!“ Das interessante ist, daß ganze Sache ist aber die latonische Meldung desseitiger Ausgetretenen bestehen, notabene „frei“ organisierte Würden christlich organisierte Arbeiter das getan haben, die „Post“ und die Obergrenzen wirken. Ganz speziell gegen die „Genossen“ zu fragen kommen, kein Wort der Entlassung gefunden.

Puher.

Eugen Muhr: Hier herrschen im Bürgergewerbe noch sehr viele Missstände, deshalb ist sich die Zahlstelle verantwortig, eine öffentliche Versammlung der Puher auf Sonntag den 11. August, anzubauen. Kollege Lauer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache an die zahlreich erschienenen Kollegen und erließ Kollegen Grebeleit aus Puher das Wort zum Referenten: „Die Missstände im Bürgergewerbe und wie ist Abhilfe zu schaffen“. Redner ging zunächst auf die Entstehung der Arbeiterbewegung ein und wies klar und deutlich nach, wie durch die Gewerkefreiheit die Arbeitgeber verschwanden, sich in alle möglichen Betriebe des Gewerbegebiets ihres Kapitals hineinzubringen, und so auf der anderen Seite einen beschäftigten Arbeitervorstand zu schaffen. Da der Arbeitgeber seine Arbeitskraft ziemlich hoch zu verkaufen, d. h. möglichst viel zu verdienen sucht, greifen viele zu der Alltarbeitszeit um herauszuschlagen. Diesen liegt meistens der Gedanke, sich zu organisieren, fern, über sie sagen, die Organisation sei unzulässig. Auch hier in Essen herrschen heute noch diese Missstände unter den Bürgern. Als der Referent darauf hinzwies, wie man sich organisieren muß, und die Anwesenden ermunterte, nur der christlichen Gewerkschaft anzuschließen, denn sie allein vertrete ehrlich die Arbeitersinteressen, konnte man ein eigenständiges Hinter- und Herrnland auf ihren Plätzen bei den sogenannten „freien“ Kollegen bemerken. Werner wies Redner nach, daß gerade die freie Gewerkschaft nicht fähig sei, die Arbeitersinteressen zu vertreten, weil sie unter die Partei knüpft sei, weil z. B. jeder Delegierte auf den Bremer Gaulandgäste der freien Bürgersarbeiters das Parteibuch hätte mitbringen müssen, also auch Sozialdemokrat sein müsse. Zum Schlusse riefte der Referent noch die Schattenseiten der allzu vielen Sektionen der einzelnen Berufe, sowie aber auch die gute Seite derselben, warnte aber vor allzu großem Vorfahrtsum. Mit kräftiger Erwähnung, alle Mann für Mann der christlichen Gewerkschaft beizutreten, schloß Redner seine treffenden Ausführungen. Stechter Beifall wurde dem Referenten auf seinen Vortrag. Zu Punkt 2 wurde der Vortrag zur Diskussion gestellt. Kollege Lauer ging noch auf die Missstände im Bürgergewerbe näher ein und betonte, wenn die Arbeit und Interessengesellschaft noch lange so fortbeständen, würden die Zustände im Bürgergewerbe hofflos, da sich die Unternehmer sogar Ausländer (Italiener und Kroaten) heranholten, die für die Organisation schwer zu haben sind, außerdem 12–13 Stunden unter den schlechtesten Verhältnissen arbeiten. Er ermahnte alle Anwesenden, sich der Zahlstelle anzuschließen, damit auch die Bürgers demnächst statt des lehigen § 5 des Arbeitsvertrages geregelte Verhältnisse erhielten. Als nächster Disputationsredner meldete sich von den Hohen der zielbewußten Kollege Schulz, der sich wieder mit dem bekannten Maßstab, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsgewerkschaften, abquält, da den freien Kollegen die gründliche Abberlegung dieser These nicht passte, hielten sie es für angebracht, daß Hosenpartner vor Schlusse der Versammlung zu ergreifen. Am Schlusswort drückte der Referent sein Bedauern aus, daß sich die Genossen so schnell entfernt hätten, und widerlegte gründlich nochmals die vorgebrachten Verdächtigungen und ermunterte die Anwesenden, der christlichen Gewerkschaft beizutreten und eifrig tätig zu sein für die christliche Arbeiterbewegung, zum Nutzen der Gesamtheit. Kollege Lauer dankte den Anwesenden und schloß mit einem breitlächelnden Grins auf das Gedanken und Wollen der christlichen Gewerkschaft die Versammlung.

Maurer.

Aachen: Der frühere Gartner, lebige Bauunternehmer Lenken, sendet uns eine Bemerkung, wonach er nicht der vorigen vorgelebene Strömann gemeint sei, sondern der Arbeit vom Bauherrn Schleicher selbst übernommen habe. Wir wollen ja nicht an den Angaben des Herrn Lenken zweifeln, aber wir möchten betonen, daß es uns sehr leicht, jemanden zu bestimmen, wenn über sein Verhältnis spricht, es habe die

sange vor dem Streit übernommen, so trifft das nicht zu. Am 20. April soll Vertling mit Schleicher abgerechnet haben, und daraus hat unser Mitglied Decker die Arbeit übernommen, welche er jedoch mit Rückicht auf den Streit am 22. April wieder niedergelegt; dieser brach am 24. April aus. Ferner hatte Herr Lenzen nach unseren Erklungen die Leute nicht auf der Krautensasse angemeldet. Wenn dies zutrifft — auf wen waren dann dieselben angemeldet? Wer die Schlebungen kennt, die bei Lohnberechtigungen betrieben werden, findet sich hier um eine solche. Es ist immer sonderbar, wenn ein Bauunternehmer von einem städtisch fertigen Neubau zurücktritt; wenn es sich auch nur noch um eine Umfassungsträger handelt, über gerade beschafft. Angefangt eines Streits ist

das noch sonderbarer, und wir sind der Überzeugung, daß eine sozialdemokratische Streitleitung diesen Bau nie freigegeben haben würde, dafür kennen wir sie zu gut. Und bei der inneren bestehenden Unsicherheit hatte unsere Leitung vollständig recht, wenn sie das Gleiche tat. Wäre es umgekehrt gewesen, könnte man ein Geschäft verneinen. Aber so? Wie's halt trifft!

Effen. Am 18. August fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Nach einem Referat des Kollegen Weltum über das Thema: "Die verschiedenen Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung", wurde dann durch Kollegen Schumacher der Kassenbericht des II. Quartals belanzt gegeben.

Die Einnahmen und Ausgaben stellten sich danach wie folgt:

A. Für die Zentralkasse:

Einnahmen:	M	S
696 Eintrittsmarken	à 0,50 M	348-
782 Beitragssmarken	à 0,45	329,40
8389 "	à 0,50	1694,50
2582 "	à 0,55	1892,60
8586 "	à 0,60	2151,60
14407 "	à 0,65	984,55
282 "	à 0,75	211,50
1990 Arbeitslosenmarken à 0,20		898-
20 Extra marken	à 0,65	18,90
1774 "	à 0,55	975,70
168 "	à 0,50	81,60
425 "	à 0,45	191,25
7 Erfäßbölker	à 0,15	1,05
Summa	17156,45	

Ausgaben:	M	S
Krankenunterstützung	191	20
Sterbeunterstützung	156-	-
Streikunterstützung	100-	-
Unter der Verwaltungsstelle an den Eintrittsgeldern und Beiträgen	4502,35	-
Im Laufe des Quartals an die Zentralkasse gesandt	12206,90	-
Summa	17156,45	

B. Für die Lokalkasse:

Einnahmen:	M	S
Rassenbestand vom I. Quartal	5224,98	-
24928 Büschlagsbeiträge à 0,10 M	2402,80	-
15 % von den Beiträgen und Eintrittsmarken	2009,55	-
607 Solafondsmarken à 0,50 M	888,50	-
1958 Agitationsmarken à 0,10	195,80	-
807 "	à 1,-	867-
Summa	10628,58	

Einnahmen der Lokalkasse 10628,58 M
Ausgaben 2881,15 "

Bestand 7942,43 M

Mitgliederbestand 2529

Vermögensnachweis:
Der Bank belegt 5545,95 M
Rassenbestand in den Zahlstellen 1049,-
In Bar 1847,48 "

Summa 7942,48 M

Gesamteinnahme 18052,75 M

Vermögensnachweis:

Der Bank belegt 5545,95 M

Rassenbestand in den Zahlstellen 1049,-

In Bar 1847,48 "

Summa 7942,48 M

Vorstehende Abrechnung wurde von uns geprüft und für richtig befunden.

Vorsitzender: Ernst Weltum.

Kassierer: Adam Schumacher.

Revisoren: Eduard Reinhard, Heinr. v. d. Sand.

Die Einnahme hätte eine weit größere sein können, wenn nicht einem industriellen Werke zu verzeichnen sind. Man sollte nun meinen, die Kollegen würden auch dem Verband treu bleiben, und gerne die 60 Pf. Wochenbeitrag zahlen, da sie doch jede Woche 3,60 Mark Mehrverdienst haben; aber weit gefehlt. Ein großer Teil, nämlich die Hartgesottenen, die sich bei der Bewegung auch angeschlossen hatten, haben den Verband schon wieder den Rücken gekehrt. Wer damit noch nicht genug. Man versuchte noch unsere besten Kollegen zu schikanieren und zu benutzen. Da die Kollegen über der Situation gewachsen waren, versuchte man es auf eine andere Art und Weise. Ein anonymes Brief wurde an einen Meister geschrieben, der lautete: "Herrn Meister X. Die Sachen sind Verbandsangelegenheiten. Wir haben drei Mäuse X, Pf. und M. die die Leute stets drehen in den Verband zu gehen. Wir gingen gerne wieder heraus, M. drohte, wer herausginge, würde entlassen. Dafür tätigte er sorgen. Wenn Meister X. nicht sorgt dafür, das Sache sich nicht ändert, schreiben wir an Herrn Doktor, (gemeint ist der Direktor) wir wollen keinen Verband. Wir benötigen Meister X. sorgt dafür, daß wir Ruhe bekommen." Unterstrich fehlte. Mit diesem mysteriösen Schreiben, das der betr. von seinem Mutter soll haben schreiben lassen, wollte man die besten Kollegen hinausbugieren, besonders soll Pf. der die Zahlstelle ins Leben gerufen hat. Dasselbe ist aber fehlgeschlagen. Für den Briefschreiber passt am besten das Sprichwort: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Noch ein anderer hat hier eine Komödie gespielt, nämlich der Vorsitzende der Maurer vom freien Verband in Rheinhausen, Dr. Götz. Derselbe hatte im vergangenen Jahre über 100 Mark unterschlagen, wofür er sich ein Stab kaufte, und jetzt, wo er bereits ein Jahr rückständig war, erklärte er seinen Austritt und agitierte für den Reichslügnerverband, für die Gelben. Dieser Genosse hat die Versplittung unter den Krupp-Maurern hervorgeufen. Kollegen, wollen wir das Erkratzen hochhalten und wollen wir im nächsten Jahre noch weitere Fortschritte machen, dann bezahlt pünktlich eure Beiträge und werdet eisige Pioniere in der christlichen Arbeiterbewegung. Niemals dürfen wir uns durch solche Elemente irre machen lassen, denn nur Einigkeit macht stark. Nur das eine Ziel gilt für uns: Vorwärts immer, rückwärts niemals! — Am Sonntag, den 11. August, fand unsere erste Generalversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem die Abrechnung verlesen war, hielt unser Kollege Epler-Prefels einen lehrreichen Vortrag. Er ermahnte uns ganz besonders, daß wir alle die alten Extrabeiträge bezahlen müssen, da wir schweren Zeiten entgegengehen. Die Kollegen geben alle dahin ihr Versprechen. Hoffen wir, daß es auch in Erfüllung geht. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden, als ersten Vor. Koll. Karl Vogel, Wiersheim, zweiter Vor. Koll. Buchta, erster Kassierer Kollege Püdding, zweiter Vor. Vogel, erster Schriftführer Koll. Oskar Bremel, zweiter Otto Dinzbach. Sämtliche Kollegen versprochen, treu ihr Amt zu erfüllen und eifrig für unsere gute Sache zu streben. Der Vorsitzende ermahnte noch die Kollegen, auch hier in Rheinhausen-Lüttemersheim jetzt die Agitation energisch zu betreiben, da wir hier noch ein großes Feld vor uns haben, um dann auch hier einmal geregelte Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Schupvorrichtungen scheinen die hiesigen Unternehmer überhaupt nicht zu kennen. Auch die Gewissen scheinen sie nicht kennen zu wollen. Werden doch hier Beutten aufgeführt, & B. beim Unternehmer Trommel, wo keine Beweide und kein Abort vorhanden ist. Aber anstatt daß die Gewissen (es sind an dem Bau sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter rot organisiert) hier Wandel schaffen, tun sie den umliegenden Bauern den Roggen bestimmen. In Punkt Beschiedenes wurde noch beschlossen, daß 14 Tage Samstag abends 8 Uhr die Versammlung bei Galerie-Wiersheim abzuhalten. Hierauf schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Am 11. August, 1907, fand unsere Versammlung im Hotel zum Teufel statt. Wir waren unsere heutige Sitzung aus verbessern, wenn wir uns geeint und gelöst in den Bau der christlichen Organisation befinden. Deshalb sei ein Tag für alle Kollegen für sich und die gute Sache.

Hochberghausen, 11. August. Unsere Zahlstelle wurde dieses Jahr von dem Direktor des Kruppischen Fabrik gegründet, und zwar auch sofort eine Betriebsvereinigung von 6 Pf. (soviel wie die Gewerkschaften die sich zusammengetragen haben, um die Gewerkschaften zu fördern, und sie mehr leisten zu lassen, mit wenigen Ausnahmen, alle Kollegen erschienen). Nachdem

dem Kollegen Koch seine Freude hierüber ausdrücklich hatte, suchte er den Kollegen in klaren Worten die momentane Situation vor Augen und ermahnte, auch die Extrabeiträge pünktlich zu entrichten. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in denselben Sinne aus. Nun liegt es an uns Kollegen von ihnen, das Gescheite auch zu beherzigen und auch ferner mit aller Energie an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Wiesbaden. Eine am 10. August vorgenommene Statistik unserer Verwaltungsstelle ergab folgendes Resultat: Es wurden ermittelt: 7 Bauten im Ausbauteilen und Fundamenten, 9 Bauten im Kellergrat, 11 Bauten im ersten Geschoss, 14 im zweiten Geschoss, 18 im dritten Geschoss, 82 im Rohbau und Verputzen, 22 An- und Umbauten, 29 Reparaturbauten und 28 Zimmerläufe. Auf diesen Bauten und Blöcken waren beschäftigt: 783 Maurer, 627 Bauhilfsarbeiter, 212 Zimmergesellen, 66 Zimmerpoliere, 20 Zimmerpoliere, 67 Zimmerlehrlinge und 6 Zimmerlehrer. Davon waren organisiert: 488 Maurer im Centralverband der christlichen Bauhandwerker, 287 im sozialdemokratischen Maurerverband, 8 unorganisiert, 328 Bauhilfsarbeiter im Centralverband christlicher Bauhilfsarbeiter, 193 im sozialdemokratischen Baugewerbe, 6 unorganisiert, 152 Zimmergesellen im Centralverband christlicher Bauhilfsarbeiter, 54 im sozialdemokratischen Zimmerverband und 6 unorganisiert. Außerdem sind noch eine ganze Anzahl Maurer und Zimmerpoliere in unserer Organisation und einige im sozialdemokratischen Verband, welche aus faktischen Gründen nicht mit angegeben sind. Die Sanitäts- und Unfallverhütungsvorschriften waren auf 22 Bauten nicht den Vorschriften entsprechend. Auf 27 Bauten war kein Baudelegierter anwesend. Nur da, wo Baudelegierte auf dem Bau waren, fand man einzigermaßen geordnete Zustände; da, wo keine waren, bedarf es einer gründlichen Untersuchung und Abschaffung der Mißstände; hier sieht man, wie notwendig es ist, daß auf jeder Baustelle ein Baudelegierter sein muß.

Königstein. Am Sonntag, den 18. August, fand hier eine Verwaltungsstellenversammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Quartals- und Kassenbericht, 2. Ergänzungswahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Kollege Becker führte im Quartalsbericht unter anderem dar, daß im 2. Quartal 83 Mitglieder verjährt, 4 Generalversammlungen und 16 öffentliche Versammlungen innerhalb der Verwaltungsstelle stattgefunden haben. Versammlungen wurden aus den verschiedensten Anlässen 67 abgehalten. Dank der treuen Mitarbeit der Kollegen in den einzelnen Zahlstellen ist die Agitation eine rege, und von Erfolg begleitet getreten. In Schlebusch, Weiden und Brühl sind Zahlstellen gegründet worden. In Leichlingen war es den Kollegen nach vierwöchentlichem Kampfe möglich, einen Tarif abzuschließen, der ihnen 9 bis 11 Pf. Stundenlohn mehr und die 10-stündige Arbeitszeit verschaffte. In Siegburg wurde die Durchführung der festgestellten Forderung aus verschiedenen Gründen bisher unmöglich gemacht. Uneinigkeit und Energie spielen eine Hauptrolle bei den dortigen Kollegen. Auf der ganzen Linie ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Beziiglich der Extrabeiträge wurde von den Delegierten betont, daß sie ohne Schwierigkeiten mit Ausnahme von einzelnen Baumännern erreicht werden. Dieser kunsichtigen Kollegen müssen sich die Zahlstellenvertreter und die beschäftigten Kollegen annehmen und ihnen das Gewissen schärfen. Auch die Baudelegierten können bei der Bücherverteilung auf den Baustellen hier mitwirken. Jeder beteiligte Kollege kommt von selbst zur Einsicht, daß gegenüber den schärfmacherischen Plänen der Arbeitgeberverbände eine Stärkung unserer Finanzen not tut. Den Kassenbericht gab Kollege Dahl. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 7661,20 Mark. Die Verwaltungskassenkasse hatte eine Einnahme von 3571,71 M., eine Ausgabe von 1842,87 M. und einen Kassenbestand von 1728,84 Mark. Hervorzuheben ist, daß im zweiten Quartal dieses Jahres 1595 Beitragssmarken mehr verkauft wurden, als im zweiten Quartal 1906. Auf Antrag der Delegierten wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Kollege Grebenstein als zweiter Kassierer gewählt. Ebenso wurden die Kollegen Baum und Bender als Kassirene gewählt. Nachdem noch im Bußgeld "Verschiedenes" mehrere Fragen erledigt waren, war die Tagesordnung erledigt. Hier muß öffentlich gerichtet werden, daß eine Anzahl Zahlstellen die Fragebögen sehr mangelhaft und oberflächlich ausgefüllt hatten, dann aber noch mehr zu rügen ist, daß einzelne Zahlstellen durch keinen Delegierten vertreten waren. Dieses darf in Zukunft nicht wieder vorkommen.

Siegen. Unsere Verwaltungsstelle hat im Laufe des zweiten Quartals einen glänzenden Aufschwung genommen. In fast allen Zahlstellen machte sich ein reges Interesse bemerkbar. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Kreuzthal, Neunkirchen, Altenkirchen und in letzter Zeit noch in Eiserfeld, Hachenburg und Nohrbach; in Herborn, Daaden und Grevenbrück ist der Anfang zur Gründung von Zahlstellen gemacht. Ein großes Agitationsfeld ist aber immer noch vorhanden; während im Vertragsgebiet des Kreises Altenkirchen wenige unorganisierte arbeiten, ist dies im Kreise Siegen leider nicht der Fall. In Industriorten, wie Weidenau und Geisweid, wo hunderte von Berufskollegen tätig sind, sind die meisten indifferent. Diese Kollegen glauben immer noch, daß die Organisation für sie nicht notwendig sei. Ein großes Stück Arbeit wird hier noch zu leisten sein, bis der Organisationsgedanke durchgedrungen ist. Aus der Abrechnung des zweiten Quartals ist folgendes zu entnehmen: Verlust wurden insgesamt 9300 Mark, davon 355 Eintrittsmarken, 949 B. zu 35, 732 B. zu 40, 1039 B. zu 45, 4280 B. zu 50, 652 Arbeitslosen-, 394 Extra-marken und 899 Solafondsmarken. Die Gesamteinnahme betrug 4030,94 M. Davon erhielt die Hauptkasse 3193,64 M. und die Lokalkasse 837,30 M.; die Ausgaben der Lokalkasse betragen 539,31 M.; es verbleibt somit ein Vermögensbestand von 297,99 M. Neu aufgenommen wurden 355 Kollegen, so daß die Mitgliederzahl der vor dem 1. Juli angeschlossenen Zahlstellen 605 betrug. Ab 1. Juli sind nun die Zahlstellen des Westerwaldes ebenfalls angeschlossen, so daß sich mit den neu eingetretenen die Verwaltungsstelle um sieben Zahlstellen vergrößert hat. Können wir mit diesem Resultat auch einigermaßen zufrieden sein, so muß jetzt erste recht die Werbearbeit losgehen. Durch Kleinarbeit wird es möglich sein, die Mitgliederzahl zu vermehren, und wenn in einzelnen Zahlstellen hierin mit großem Erfolg gearbeitet werden, so muß das allgemein möglich sein. Auch die Geschäftsführung muss sich bedeutend verbessern, damit der Verwaltungskassierer die Werbung rechtzeitig erhält. Es wird sonst in Zukunft nicht anders gehen, als die Rückständigen in der "Baugewerkschaft" zu veröffentlichen. Von den Revisoren muß verlangt werden, daß sie die Kassierer zur Pünktlichkeit anstreben. Die Durchführung der Arbeitsverträge läßt manches zu wünschen übrig. In der Hauptkasse ist es die Arbeitszeit, die vor dem Unorganisierten nicht eingehalten wird, und dort, wo der Indifferenzmus die Mehrheit hatte, sind unsere Mitglieder oft entlassen worden, weil sie sich weigerten, dies erbärmliche Spiel mitzumachen. Nicht selten ist es auch vorgekommen, daß an einer Arbeitsstelle die Unorganisierten mittags um ein Uhr, die Organisierten um eineinhalb Uhr anfangen. Solche Zustände sind traurig und von großem Nachteil für spätere Gewerbebewegungen. Bei den eigenartigen Verhältnissen im Siegerland ist es einmal so, daß Mitgliunde aller Art vorkommen. Hier finden wir den Siegerländer Lokalverband (jetzt gesetzliche Gewerkschaft), welcher fortgelebt durch Agitation und Preise den Unternehmen Handlangerbetriebe leistet, indem er die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Siegerländer Arbeiter als überaus gute bezeichnet. Von den Centralverbänden sucht diese Organisationen die Arbeiter, die sie auch schützen, so daß man ihnen klarzumachen kann, daß die Kollegen gleiche Rechte nicht bekommen. Den letzten

Beweis für die Bedeutungslosigkeit einer Organisation mit niedrigen Beiträgen liefert der Siegerländer Lokalverband. Zur Zeit seiner Blüte zählte er 12—15 000 Mitglieder, und wieviel heute? Es ist bemerkenswert auf den Hund getommen, daß man sich fragen muß: Woher das Geld für das Unternehmertäschchen, geschweige denn für den Gehalt von „Richard Breitbach“? Von diesem Breitbach, der selbst vor Einzug unseres Verbandes bei den Unternehmern als „Heher“ galt, und vor dem man die Arbeiter warnte, als vor dem Wolf in Schäßleibern, wußte man bald annehmen, daß er seine Existenz dadurch gesichert habe, daß er unter die Fittiche der Siegerländer Industriellen getrocknet ist. Kein Wunder, daß die hiesigen Kapitalisten eine solche Organisation loben und Anstrengungen machen, daß ihnen so liebgevordene Verbändchen vor dem Untergange zu bewahren. Allein auch das wird nichts helfen! Die Arbeiterschaft wird durch den Druck der Verhältnisse die Erfahrung machen, daß sie zur Wahrnehmung ihrer Interessen eine Wacht notwendig hat. Die Kollegen des Bougewerbes werden unablässig tätig sein, die Organisation immer mehr auszubauen; sie haben erkannt, daß ihnen die Unternehmer nichts gutwillig geben. Für uns muß der Grundsatz sein: „Willst du den Frieden, so rüste zum Kampf!“ Deshalb: Auf zur Agitation!

Gelsenkirchen. Haben wir erst vor kurzem gezeigt, welche Behandlung den Arbeitern durch einen Polier guteil wurde, so möge folgender Vorfall der Daseinlichkeit wiederum zeigen, in welch schändiger Weise dies auch anderwärts mit den unterstellten Arbeitern geschieht. Der Polier Arno I d aus Recklinghausen,

arbeiterin gehabt. Zurzeit beim Unternehmer Stalherm beschäftigt, hat jetzt die Aufsicht über die noch fertigzustellenden Arbeiten am Neubau des Gymnasiums in Bur. Derselbe gab zwei Kollegen den Auftrag, zwei aneinandergeschobene T-Eisen nach dem zweiten Stock zu bringen. Transportiert mussten dieselben werden über drei Bauflüchen, welche jede, bei einer Länge von 4,50 Meter eine Steigung von 2,50 Metern hatten. Die fraglichen Eisen hatten eine Höhe von 12 Centimetern und eine Länge von 7,50 Meter. Es wird jedem, der einigermaßen etwas von der Schwere des Eisens und der Schwierigkeit und Gefährlichkeit des Transportes über ungegebenen Weg versteht, einleuchten, daß die Kräfte zweier Arbeiter hierzu nicht ausreichen. Als die beiden Kollegen erklärten, daß sie nicht imstande seien, die beiden Eisen allein ins zweite Stock zu bringen, hatte „Held Arnold“ sofort entdeckt, daß die beiden nur zu „faul“!!! waren, die Eisen zu tragen, und jagte er dieses denselben ins Gesicht, worauf die Kollegen jedoch die Antwort auch nicht schuldig blieben. Nun taugten beide natürlich nichts und wurde denselben sofort gekündigt, trotzdem selbst schon fast ein Jahr an genannter Baustelle zur vollen Zufriedenheit des vor Arnold dort gewesenen Poliers Theth gearbeitet hatten. Ob dieser brutalen Behandlung wurden unsere Kollegen beim Bauführer vorstellig, und als dieser die Handlungswaise Arnolds billigte, reichten sie die Kündigung ein, um nicht länger unter dem Kommando eines solchen „Arbeiterfeindes“ zu stehen. Das A. selbst nicht davon glaubte, daß die Kräfte zweier Arbeiter ausreichen, um die fraglichen Eisen zu transportieren, geht schon daraus hervor, daß er den andern noch dort beschäftigten Arbeitern diese Leistung gar nicht zumutete, sondern sämtliche Eisen auseinanderschrauben und jedes einzeln

gördern jüngste Leisen unsterblich, und von zwei Arbeitern nach oben bringen ließ. Besser wäre es, wenn in solchen Fällen wie hier, die „Herren Poliere“, anstatt die Arbeiter als „Vollzieher“ zu titulieren, selbst die unmöglichen Leistungen, welche sie verlangen, ausführen würden, dann könnte der große Mund schon vor selbst zum Schweigen, und es wäre dann Ausicht vorhanden, daß sie sich bald befleißigen würden, den Arbeiter besser zu behandeln. Aber so . . . Dann soll Arnold, — wie man es auch bei manchem anderen Polier öfters beobachten kann — geru die Arbeitszeit länger ausdehnen, als wie sie im Vertrag festgelegt ist (kürzlich noch bei den Bauarbeitern.) Es wird dafür Sorge getragen werden müssen, doch auch für diesen hat Tarif Geltung hat. Unsere Kollegen, besonders die von Hellinghausen, kennen diesen Herrn ja noch von der Auspeppung 1905, wo selbiger sich besondere Verdienste durch Herrenschleppung von Streikbrechern erworben hat. Mögen die Kollegen in Zukunft solchen Herren, wie S . . . Arnold, ein besonders gutes Andenken bewahren, ferner dafür Sorge tragen, daß jebigen der Rumm nicht zu arg faßwill, und sie ihre Arbeiter in Zukunft besser behandeln.

Köllemeier (Führ.). In Nummer 31 bringt das K. Blattchen, die „Wesentliche Post“, eine Notiz über christlichen Terrorismus. Es soll das S.-D. Mitglied, P. Maria, welches bei der Firma Köllemeier u. Sohn, Neubau Gerberstr., wo noch neun christliche Kollegen arbeiteten, von diesen bedrängt worden sein, der christlichen Organisation beizutreten. Als alles Zureden nicht half, sollen sie zu anderen Mitteln gegriffen haben. Vorgeheft sei er bejampft und schikaniert worden, ihm sei nichts anderes übrig geblieben, als am 19. Juli die Arbeitsstelle zu verlassen. Besonders der Schriftführer der Christlichen habe sich dabei hervorgetan. Armut bedeuernswerter Lügch, wir verstehen dein Elagebed, und wollen Kleid mit dem altersschwachen Knaben haben. Der Artikelhöhere scheint nicht richtig orientiert zu sein. Der betreffende Maurer hat nicht vom 4. bis 19. Juli in der Gerberstraße gearbeitet, sondern vom 16. bis 19. Juli, genau $2\frac{1}{2}$ Tag. Seine Leistungen waren derart, daß sie einem gelernten Maurer absolut nicht entsprachen. Ob es ihm so ging wie einem Maurer P. am Schulnenbau in Stettin, der auf seiner Aufführungsscheite aus einem Schäfer einen Maurer mache, wissen wir nicht, besser war er auf keinen Fall. Er hat die Arbeitsstelle nicht wegen Schikanierung und Bejampfung verlassen, sondern weil er nicht arbeiten konnte. Nach Aussage einwandfreier Zeugen sei er kein fähiger Maurer gewesen. Wenn er vom 4. bis 19. Juli bei Köllemeier u. Sohn arbeitete, so hatte er in der Zeit schon alle

Solire abgerückt, keiner wollte ihn behalten, der starke Beweis, daß er dem Künigreich angehörte. Kann man denn von den christlich organisierten Mäntern verlangen, daß sie solche Elemente durchdringen? Unter keinen Umständen. Wohl wurde er aus seine früheren Werken von uns ablegen aufmerksam gemacht, das war denn S. D. Musterkuchen zuviel; er ging. Das waren die sichtliche Bekämpfung und Schikanierung. Der junge katholische Dandorfer sollte eigentlich den christlichen Kollegen dankbar sein, daß sie ihn auf seine Arbeit aufmerksam machten, anstatt aber Verzuschus ein Mitglied einzuturnen. Uns scheint es so, als ob die dort vorne Tage ihr Sulf der Handvoll St. A. schwer gegefelt hätten. Wir möchten ihnen den guten Rat geben, bei derartigen Versuchungen ständig einen Gebeiter zu tragen, damit die volle Stärke gefüchtet, und bei derartigen Versuchen die nötigen Erfahrungen eingezogen werden, damit solche Beweise nicht von vornherein den Stempel der Lüge tragen.

2. Ed.

Kärtberg. (Sozialdemokratischer Terrorismus) Was die roten „Kämpfer“ für „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ am Terrorismus und Gemeinheit sich zu jenen Kollegen erinnert alles leisten, zeigt folgender drastischer Bericht: „Bei dem Bonnweiter Christian Rauter am Subskribenten Name (Fiktivnamen) eine Metropole der sozialdemokratischen Gewalt“ schreibt von dem offensichtlichen Exemplum, fingen sie „Kämpfer“, der B. Rauter, zwei Kollegen ihres Verbundes ein. Und obwohl sie von den Geiseln entgegesehen, haben sie nichts unternommen, ebenfalls für sofort die Freiheit einzutreten. „Derer kriminellen Ausbeutung traten sie nicht auf, um sie zu befreien, weder sie entlarven.“ Das sind die Worte des Bonnweiter Christian Rauter, der während der Kriegszeit in Bonn als „Kämpfer“ aktiv war und mit anderen sozialdemokratischen Kämpfern gegen die „Geiseln“ abgetreten ist.

50 Mann starl, einen Kreis um unsere Kollegen und begannen, sie von allen Seiten auf sie einzustößen. Als Hauptmatador schrie sich besonders der Maurer Verleseind von Schoppsloch us. Nachmittags ließ nun der Polier die beiden Maurer los, damit sie mit den roten Patronen nicht in Berührung kamen. Nun schlütteten die „Genossen“ Wasser und Mörtel auf sie, um sie zum Verlassen der Baustelle zu bewegen. Als trotzdem unsere Kollegen standhaft aushielten, legten alle Maurer und Bauhilfsarbeiter nachmittags 4 Uhr die Arbeit nieder, stellten beim Verlangen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, uns unsere Kollegen entlassen sind. Als am Sonnabend unsere Kollegen Sommer und Böckler bei dem vorstehenden Biegler auf der Baustelle vorstellig wurden, empfingen sie die „Genossen“ mit den Worten: „Vom m i t n u r e r, i h r s chwarz en Qu m p e n, i h r c h r i s tliche n t r e i b r e c h e r, e u c h s chla g e n wir die Ha g e n a b“ w. Da die „ausgellärteten“ und „gebilbeten“ Genossen auch genug es unsere Kollegen vor, sich zurückzuziehen, um nicht die „roten Erziehungsfrüchte“ zu kosten zu bekommen. Was gte nun der Gewisse Biegler ob der Heilensat seiner Getreuen? „Ich kann nichts machen, die Leute merken nicht auf mich.“ Wahrscheinlich ist dieses die Folge der allzu schönen Aufklärung. — Der Arbeitgeber, dem daran gelegen, seinen Bau fertigzubringen, musste notgedrungen dem brüderlichen Verlangen der Freiheitshelden nachgeben und unsere Kollegen entlassen. — Die Sache wird auch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Neunkirchen (Siegerland). Unsere Zahlstelle hat seit ihrem
Bestehen noch nichts im Verbandsorgan von sich hören lassen.
Im November 1906 wurde diese von zwölf Kollegen gegründet.
In diesem Frühjahre wurden auch wir, bei Abschluß des Tarif-
vertrages für den Kreis Altenkirchen, mit einbezogen, wodurch
ir geregelte Arbeitsverhältnisse, sowie einen höheren Stunden-
lohn erreichten. Um nun durch diese Verbesserung unserer
Lage, welche wir allein der Organisation verdanken, dieser den
Bürgern Dank abzustatten, setzten die Kollegen energisch in die
Agitation ein. Die Zahl der Mitglieder ist dann auch auf 50
gestiegen. Es ist wohl keine Zahlstelle im Siegerland zu ver-
gleichen, wo alle Kollegen ohne Ausnahme sich der Organisa-
tion angeschlossen haben, wie in Neunkirchen. Die letzte Mit-
gliederversammlung fand am 15. August statt und war von
allen Kollegen besucht. Kollege Hillebrand (Siegen) referierte über die „Arbeiterbewegung als Kulturbewegung“. Er
erstand es vortrefflich, in seinem 1½stündigen Vortrage seine
Aufgabe zu erledigen, und ermahnte die Kollegen, sich mehr
im Verbandsorgan und guten Lektüren zu unterrichten und
in Schulen durch fleißigen Besuch der Versammlungen, damit
sie das Erreichte nicht bloß festhalten, sondern auch möglichst
verbessern können. Kollegen, es liegt nun an euch, erfüllt eure
pflichten der Organisation gegenüber nicht nur durch pünkt-
liches Bezahlen der Beiträge, sondern auch dadurch, daß ihr
euer Gewinnung neuer Mitglieder sorgt; der Freund soll den
Freund, der Maurer den Zimmerer und Bauhilfsarbeiter für
den Verband zu gewinnen versuchen. Dann werden sich auch
eure noch hier sowohl wie in der Nachbarschaft bestehenden Miss-
stände beseitigen lassen.

Ludwigshafen a. Rh., 11. August. Am 7. August hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Zu jerselben war Kollege Heurich aus Karlsruhe erschienen. Der alte hielt uns einen Vortrag über die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in der Gewerkschaftsbewegung. Redner gab zunächst ein Bild über die Entwicklung unseres heutigen Arbeiterstandes, ausgehend von den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts; zeigte, wie durch die Umwälzung auf wirtschaftlichen Gebiete die Arbeiter abhängig wurden. Deute zählt man über sieben Millionen Arbeiterarbeiter, wovon bloß $2\frac{1}{4}$ Millionen gewerkschaftlich organisiert seien. Dies sei noch ein kleiner Bruchteil; zwar hätte unser Verband große Fortschritte gemacht, unsere Zahl könnte aber noch eine weit größere sein, wenn jeder einzelne aus seiner Unzufriedenheit herausstrete und sich mehr agitatorisch betätigen würde. Auch sollen sich die Kollegen nicht an Opfermut und Opferfreudigkeits von anderen Organisationen übertreffen lassen, und sei es vorauszusehen, daß sich die Ansprüche in finanzieller Hinsicht nicht vermindern, sondern noch steigern würden. Im gegenwärtigen Kampfe sei vor allem notwendig, daß jeder Kollege in wirtschaftlichen Leben und seinen Vorgängen möglichst genau unterrichtet sei, und wäre dasselbe bei einigermaßen gutem Willen nicht leicht möglich, denn es würde in unserem Organ und in Broschüren für einige Pfennige alles Wissenswerte geboten. Redner sprach dann den großen Kampf zurzeit in Berlin, den Glaserkrieg in Mannheim und verschiedene andere, und ging dann auf die Lehre des Materialismus über, den sich die freien Gewerkschaften zu eigen gemacht haben. Er wies die Schädlichkeit jener Lehre auf wirtschaftlichem Gebiete und ihre Unhaltbarkeit in der Praxis treffend nach; denn nicht durch Aufhebung zum Klassenkampf einzelner Stände gegeneinander können Erfolge erzielt werden, sondern durch in höchste Ueberbrückung der Gegenseite, wie sie in Tarifverträgen zum Ausdruck gelangen. Die heilliche Gewerkschaftsbewegung erblickt hierin ein Friedensdokument und das beste Mittel, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sichern. Zum Schluße richtete Redner einen warmen Appell an alle Anwesenden, auch fernerhin treu zum Verbande zu stehen und nach Möglichkeit für dessen Ausbreitung zu sorgen, denn es seien noch ungezählte Kollegen indifferent oder in den freien Verbänden, die ihrer Gesinnung nach zu uns gehören; dieselben müßten noch für uns gewonnen werden. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und wird sicher gute Früchte bringen.

Dresden, 10. August. In unsere Zahlstelle hatte sich eine Laiheit unter den Kollegen eingeschlichen, welche lähmend auf die Agitation und den Versammlungsbesuch wirkte. Heute fand eine Generalversammlung statt, um das Verbandsleben zu erneuern und die Ergänzungswahl des Vorstandes vorzunehmen. Entsprechend der Mitgliederzahl war die Versammlung nicht gut besucht. In Punkto Versammlungsbesuch und Agitation muß es besser werden. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Ergänzungswahl des Vorstandes, 3. Kassenbericht. Bezirksleiter Kollege Lange hielt ein ausführliches Referat über den Idealismus, die Hauptziele der Organisation und der uns harteten schweren Kämpfe. Er führte aus, daß es den Anschein erwecke, daß der alte Idealismus für die Gewerkschaft, der die Kollegen von Erfolg zu Erfolg geführt, nachgelassen habe. Dieses sei ein bedauernswertes Zeichen und zeige die ersten Anzeichen für die Widerstandslosigkeit in den kommenden Zeiten. Er streifte kurz die Ziele, die wir durch die Organisation erstreben: Gleichberechtigung, Mitbestimmung, gleich anderen Ständen die Interessen selbst vertreten, Anteilnahme an den Kulturgütern auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit. Nicht Wohlhaben wollen wir, sondern Rechte auf wirtschaftlichem Gebiete müßten wir unser Ziel erstreben, durch Tarifverträge, Einigungsänder der Gewerbegerichte, in Achtung treten mit den Behörden und Gewerbeinpektionen, Arbeitsausschüsse und Tarifkommissionen, Arbeitskammern zur Pflege des Gewerbes und der Arbeitnehmer, paritätische Arbeitsnachweise, Bevorstellung der Strafmaßnahmen, Ausgestaltung des Strafitionsrechtes, Durchführung des Arbeitsschutzes durch die sozialistische Erfüllthilfe. Auf dem politischen Gebiete erstrebten wir Erweiterung des Wahlrechtes in Staat und Gemeinde, freiheitliche Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes, Anerkennung der Gewerkschaft, Veranlieferung der Arbeiter zu den Gewerken der Gewerke und Gewerken, die Arbeiter-

nahmen, Achtung und Gleichheit der Arbeiter mit anderen Bürgern vor den Gesetzen seitens der Justiz- und Verwaltungshörsen, Vertretung in den Parteivorständen, Arbeiter als Reichstagsabgeordnete, Stadtvorordnete und Gemeindevertreter, gesellschaftlichem Gebiete erstrebten wir Gleichberechtigung aller anderen Ständen, Beseitigung der Bevormundung und Aufstellung im geselligen Berlehr, der Ehrenverleihung im Arbeitsverhältnis. Bei Gründungen von gemeinnützigen Vereinen, Institutien, Einrichtungen zur geistigen, fittlichen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes wollten wir zugezogen werden. Daher müßten sich die Kollegen schulen, durch die „Bauarbeitschaft“, Broschüren, Unterrichtskurse und Besuch der Versammlungen. Um das Ziel zu erreichen, müßten die Arbeiter ehrisch und verständnisvoll mitwirken. Dazu gehöre der alte Realismus, der die Kollegen im Anfang und in der Mehrzahl auch heute noch beseele. Ein schwächliches Bangen und Angen könnte die geschilderten Bestrebungen nicht zum Siege führen. Darum mit neuem Mut und neuer Begeisterung wieder aufgezeigt. Redner kam dann auf die Notwendigkeit der Extraträge zu sprechen. Mit Neid schauten die Unternehmer auf unsere schrittweisen Erwerbungen und das Aufwärtsstreben der Arbeiter. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen die Bauarbeiter ein Schlag ausgeführt werden, um ihnen, die in den letzten Jahren vermöge ihrer Organisation die meisten Erfolge erzielen hätten, das Aufwärtsstreben zu hemmen oder gar das Erreichte abzuknüpfen. Gerade dort, wo die christlichen Organisationen stark in Frage kämen, bereiteten die Unternehmer die Vernichtungskämpfe vor. Es habe die Generalversammlung sicher als kluger Mann vorgebaut und den Extrabeitrag befohlen. Dieser Extrabeitrag liege jedoch im eigenen Interesse der Kollegen, denn, im Jahre 1908 handle es sich um einen Vernichtungskampf. Hätten die Unternehmer die Organisationen niedergeschlagen, wären die Kollegen wieder ohne Schutz. Es würde sich kein Kollege vor den Extrabeiträgen drücken, mit dem Vorbeidrücken könne sich der Betreffende höchstens nur selbst schaden. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Kollege Premer als 1. Vorsitzender, Kollege Schnurr als 2. Vorsitzender, als 1. Schriftführer Kollege Stahlheber, als 2. Schriftführer Kollege Gotthard, als 1. Kassierer Kollege Meuser einmütig wiedergewählt, als 2. Kassierer Kollege Eitel. Alle Kollegen versprachen, ihre ganze Kraft für die Organisation einzubringen, damit alle Kollegen mit neuer Begeisterung erfüllt würden. Die Revisoren bestätigten, daß sie die Kasse in sicher Ordnung gefunden hätten, worauf dem Kassierer einmütig Decharge erteilt wurde. Mit einem breisachen Hochloß Kollege Schnurr die interessante Versammlung.

Aachen, 18. August. Unsere Verwaltungsstelle hielt heute ihre vierteljährliche Ausschusssitzung ab, welche nur von 22 Delegierten besucht war. Es fehlten die Zahlstellen Aachen (Dachdecker), Aachen (Fliesenleger), Corneliusmünster, Eilenburg, Gemmenich, Gürzenich, Hauseit, Hülsberg, Hehrath, Lichtenbusch, Meerssen, Nyswiler, Oberforstbach, Oidtweiler, Raeren (Steinarbeiter), Speckholzerheide, Valkenburg, Wylre. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden Kollegen Bücher eröffnet. Er bedauerte, dass so viele Zahlstellen nicht vertreten seien, obwohl die Einladungen schon über vier Wochen in den Händen der Vorsitzenden seien, so dass die Delegierten im Verhinderungsfall ganz gut für Ersatz hätten sorgen können. Er stellte die Diskussion über die zu ergreifenden Massnahmen zurück bis Punkt Verschiedenes. Die Tagesordnung lautete: 1. Quartalskassenbericht der Verwaltungsstelle, 2. Bericht der Delegierten über ihre Zahlstellen, 3. Ergänzungswahl des Vorstandes, Bericht über die allgemeine Bewegung in der Verwaltungsstelle, 5. Ergänzung der Agitationskommission, 6. Erledigung von Anträgen, 7. Verschiedenes. Auch unser Bezirksleiter Kollege Lange war erschienen. Zum 1. Punkt gab Kollege Zimmermann den Quartalskassenbericht. Die Einnahme der Verwaltungsstelle für die Zentrale belief sich auf 7578,81 M., die Ausgabe auf 227,24 M.; an die Zentrale wurden 7351,57 M. gesandt. Die Einnahme der Lokalkasse der Verwaltungsstelle betrug 2788,55 M., die Ausgabe 2293,26 M., bleibt somit ein Bestand von 495,29 M. Die Delegierten berichteten im allgemeinen über mangelhafte Opferwilligkeit bezüglich der Bezahlung der Extrabeiträge, da die Kollegen vielfach noch nicht die Notwendigkeit und die Bestimmung derselben einsähen. Kollege Lange gab hierauf nochmals eine eingehende Schilderung der Situation und ersuchte die Delegierten, die Kollegen nochmals über die Notwendigkeit und den Zweck der Extrabeiträge aufzuklären. Zur Ergänzung des Vorstandes wurde als Schriftührer Kollege Paul Taschbach gewählt. Als Beisitzer wurde an Stelle des Kollegen Kalz der Kollege Martin Mertens und als Revisor an Stelle des Kollegen Becker Peter Meier gewählt. Sodann gab Kollege Bücher den Bericht über die allgemeine Bewegung und den Stand der Verwaltungsstelle. Er betonte, dass leider immer noch einige Zahlstellen den mit der Einladung in dieser Sitzung versandten Fragebogen noch nicht eingesandt hätten, so dass eine genaue Zusammenstellung der Zahl der Mitglieder und der einzelnen Berufe nicht möglich sei. Die Nachlässigkeit in den Vorständen einzelner Zahlstellen helfe die Geschäftsführung noch erschweren und verursache öfter durch die an sie wiederholte Mahnungsschreiben die grösseren Verwaltungskosten und Ausgaben. Auch das harmonische Handelndarbeiten der Zahlstellen-Vorstandsmitglieder lasse noch zu wünschen übrig. Redner gab Anregung, dass es besser werden möge. Soweit die Fragebogen eingelaufen seien, waren 644 Mitglieder zu verzeichnen; davon 641 Maurer, 547 Bauhilfs- und Grundarbeiter, 97 Steinarbeiter, 276 Stukkateure, 7 Zimmerer, 26 Dachdecker, 24 Zementarbeiter, 10 Fliesenleger. In der Diskussion wurden die lässigen Zahlstellen, welche nicht einmal den Fragebogen einsandten, scharf kritisiert. Obwohl in geistiger Fortschritt zu verzeichnen sei, sollte man erwarten, dass auf die Statistik mehr Gewicht gelegt werde. Der Vorsitzende berichtete, dass Tarifyverträge für Eupen, Eschweiler, Aachen (Stukkateure), Aachen (Zimmerer) mit nennenswerten Lohnaufbesserungen abgeschlossen worden seien. Im Alsdorfer Gebiet seien Forderungen eingereicht worden, jedoch hätte eine Bewegung infolge der vielen Indifferenzen nicht implementiert werden können, um so mehr auch der bevorstehende Aachener Lohnkampf einer solchen Abbruch getan hätte. Leider hätten verschiedene Kollegen dieses nicht erkannt und seien der Organisation untreu geworden zu ihrem eigenen Schaden. Dann schilderte Redner den Aachener Lohnkampf, der schon seit 17 Wochen tote Aussicht sei vorhanden, dass ein günstiger Abschluss desselben für die Kollegen bevorstehe. Die Kollegen haben eine Lehre aus diesem Kampfe gezogen, dass sie sicherer zusammenschliessen müssen in der Organisation. Die Kollegen haben es verstanden, den Kampf gut zu führen, trotzdem uns grosse Schwierigkeiten von der Polizei und den Arbeitswilligen gemacht wurden. Im Interesse der Kollegen siege es, das Baudelegierten- und Vertrauensmännerwesen noch besser zu pflegen und nach Kräften auszubauen, die Versammlungen besser zu besuchen, um sich Belehrung zu holen und geistig zu schulen. Besonders müsse das Verbandsorgan mehr respektiert und gelesen werden. Auch sei für die holländischen Kollegen, welche die deutsche Schrift nicht lesen können, eine holländische Zeitung für uns herausgegeben. Sodann legte Kollege Lange klar, welche Erfolge bis heute für die Kollegen erreicht seien. Es käme jetzt darauf an, dieselben auch zu erhalten; das sei aber nur möglich, wenn alle Kollegen treu zusammenstehen in der christlichen Organisation. Für die Agitationskommission wurde an Stelle der ausgeschiedenen Kollegen Kalz, Fock und Rademacher Kollege Hubert und Freialdenhor gewählt. Die Agitationskommission wurde ermahnt, sich einzuschulen, damit sie erfolgreich wirken könne. Es wurde festgestellt, dass die Agitationskommissionmitglieder zu 100

Ausschüsseitigung zu erscheinen hätten. Soweit dieselben nicht als Delegierten erscheinen, seien sie dazu einzuladen. Ferner wurde gewünscht, dass dieselben an jeder anberaumten Sitzung erscheinen sollten und sich nicht durch kleinliche Gründe zurückhalten und entschuldigen sollten. Nach Erledigung verschiedener Anträge wurden die Delegierten ersucht, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, dass jedes Mitglied sich ein Protokoll des diesjährigen Verbandstages anschaffen solle. Dieselben sind in unserer Geschäftsstelle zu 25 Pf. zu haben. Es wurde von verschiedenen Delegierten scharf gerügt, dass die meisten Delegierten nicht bis zum Schlusse der Sitzung anwesend bleiben, und wurden daher Massnahmen zu ergreifen verlangt, dass dieser Uebelstand beseitigt werde. Weiter wurde befürwortet, dass die Zahlstellen vorstände von ihren Delegierten verlangen müssten, in Zukunft bis zum Schlusse anwesend zu bleiben. Die Delegierten wurden ersucht, in ihren Zahlstellen einen ausführlichen Bericht zu geben. Nach einem kräftigen Schlusswort wurde die Sitzung geschlossen. — NB. In Zukunft muss verlangt werden, dass die Delegierten auch so frühzeitig eintreffen, dass die Ausschüsse pünktlich beginnen können und so die Angelegenheiten frühzeitig erledigt sind. J. Bücker.

Aus andern Verbänden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Nach dem Jahresbericht der Generalkommission der "freien" Gewerkschaften im "Correspondenzblatt" (Nr. 38) hatten diese am Jahresende 1906 in 66 Centralverbänden 1 799 299 Mitglieder, im Jahresdurchschnitt 1 689 709 gegenüber 1 844 803 im Jahresdurchschnitt 1905, also mehr 844 906 gleich 25,6 Proz. Dieser Zuwachs ist der größte, den die freien Gewerkschaften bisher erreicht haben. Prozentual wurde er allerdings 1905 mit 27,8 Proz. und 1896 mit 27 Proz. übertroffen, absolut steht er jedoch 1906 am höchsten da. Am stärksten waren an dem Zuwachs beteiligt die Metallarbeiter mit 75 889, Fabrikarbeiter 47 846, Textilarbeiter 38 724, Handels- und Transportarbeiter 31 130, Bauhelfsarbeiter 29 164, Maurer 25 067, Holzarbeiter 21 576, Zimmerer 9124, Hafenarbeiter 8892, Tabakarbeiter 6845, Schuhmacher 6778, Brauereiarbeiter 6280, Bergarbeiter mit 6187 Mitgliedern. Im einzelnen zählen von den Centralverbänden mit über 50 000 Mitgliedern die Metallarbeiter 310 678, Maurer 189 587, Holzarbeiter 146 448, Fabrikarbeiter 115 789, Bergarbeiter 105 288, Textilarbeiter 101 055, Bauhelfsarbeiter 70 648, Handels- und Transportarbeiter 65 428, Zimmerer 50 548. Die Buchdrucker hatten 47 162 Mitglieder aufzuweisen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Centralverbände betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 87 Verbänden 118 908 gegenüber 74 411 im Durchschnitt des Jahres 1905, wobei mehr 44 497 gleich 59,8 Proz. Die meisten Mitglieder entfallen auf die Verbände der Textilarbeiter (37 020), Metallarbeiter 13 806, Tabakarbeiter 12 883, Fabrikarbeiter 10 786. Besonders befriedigt äußert sich der Bericht über die finanzielle Entwicklung der freien Gewerkschaften. Im Jahre 1904 betrug die Gesamtnahme der Centralverbände 20 190 630 M., 1905 27 812 257 M. und 1906 41 602 939 M. Von 1904 zu 1905 steigerte sich die Einnahme um 27,7 Proz., von 1905 zu 1906 aber nur 49,5 Proz. In Jahresausgabe hatten die Verbände im letzten Jahre 86 968 413 M. Von den Ausgaben entfielen 12 366 933 auf Streikunterstützung. Des näheren geht dann der Bericht noch ein auf die übrigen Gewerkschaftsrichtungen im Jahre 1906 und kommt dann zu folgendem Gesamtbilanz:

Es hatten die sechs deutschen Gewerkschaftsrichtungen 1906 insgesamt 2 215 166 Mitglieder gegenüber 1 819 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 895 224. Von dieser entfallen auf die Centralverbände 344 906, die Kirch-Düsseldorfer Gewerkschaften 1411, die christlichen Gewerkschaften 59 010 und die unabhängigen Vereine 8282. Es nahmen gegenüber 1905 115 Mitgliedern zu die Centralverbände um 25,6 Proz., die kirchlichen Gewerkschaften um 20,8 Proz. und die Kirch-Düsseldorfer Gewerkschaften um 1,2 Proz. In Einnahmen hatten die letzteren drei Organisationen einschließlich der unabhängigen christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906 46 651 878 M., an Ausgabe 41 285 428 M. und an Rassenbestand am Jahresende 31 544 660 Mark einschließlich der Rassenbestände der Kranken- und Begegnungskassen der Kirch-Düsseldorfer Gewerkschaften.

Damit ist Deutschland an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung der Welt getreten. England, das Kassische Land und die alte Gewerkschaften, ist überholt, und auch die amerikanischen Gewerkschaften dürfen an Stärke die deutschen kaum übertriften. Was dagegen die Zahl der organisierten Arbeiter im Verhältnis zu denjenigen der organisationsfähigen anbelangt, so dürfte Deutschland hinter den genannten Ländern wie auch hinter Schweden und Dänemark zurückbleiben. Wie das Verhältnis heute liegt, lässt sich genauer noch nicht angeben. Gibt die Ergebnisse der diesjährigen Berufszählung weitere nähere Vergleiche beginnen, Feststellungen ermöglichen.

Zur Geschichte des Zements.

Machdruck verboten

Etwas über 50 Jahre alt ist die deutsche Zementindustrie, eine Branche, die heute ihren berechtigten Platz im Weltmarkt einnimmt, deren Entwickelung vor 50 Jahren aber weder die Beteiligten noch sonst jemand geahnt hätte.

Die Geschichte des Zements, als eines hydraulischen Bindemittels, ist weit älter.

Bereits die Römer kannten den sogenannten Puzzolan-Zement, pulvis Putolanis, die noch heute aus Puteoli (Puzzuoli) bezogene Puzzolanerde, indessen ist es erst vor wenigen Jahren gelungen, einen hydraulischen Mörtel herzustellen, der dem alten römischen Zement gleichkommen soll.

Dem Ingenieur John Smeaton, dem Erbauer des britischen, später abgetragenen Eddystone-Leuchtturmes (1756 bis 1759) verdanken wir die ersten Untersuchungen über hydraulische Bindemittel, auf deren Basis 1796 Parker in London den römischen (Roman-) Zement herstellte.

Der Romanzement ist hellgelblich bis hellbraun in Farbe und wird hauptsächlich mit Septarienton hergestellt, der sich in Deutschland bei Nürnberg und in Oberfranken stellenweise auch auf Mergeln findet und neben ein Viertel bis ein Drittel Ton, kohlensaurer Kalk enthält.

Wir haben hier ein natürliches Rohmaterial, das bereits die bindenden Bestandteile aufweist und mit genug zu werden braucht, wobei man aber sich vor zu starkem Brand hüten muss, da der Zement sonst unentzündlich bleibt, d. h. sein Volumen ausdehnt und damit zerstörende Anlagen auslösen kann. Es liegt dies daran, dass gerade das Rohmaterial die freie Kohlensäure aus der Luft begierig aufsaugt und das in umso höherem Maße, je höher seine Sinterung ist, ein Umstand, der bei einem Zementmörtel nach sehr feiner Zähigkeit erfordert wird. Die zur Fabrikation nötige

Der christlich-soziale Metallarbeiterverband hielt am 11. August in Duisburg eine Konferenz der Hütten- und Walzwerker ab, welche sich mit den Verhältnissen in den Hütten- und Walzwerken beschäftigte. Reichstagabgeordneter Giesbert und der Betriebsvorsteher Weiber hielten eingehende sich ebenfalls der Herr Gewerbeinspektor Schnöpf beteiligte. Das Ergebnis war die Annahme einer Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wird, dass die Regierung den einstimmigen Beschluss des Reichstages, Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Hütten- und Walzwerksbetrieben vorzunehmen, baldigst durchführt. Für die weitere Verfolgung des Arbeitsschutzes in der Hütten- und Walzwerksindustrie wurden folgende Vorfälle angenommen:

Beiträge für den Arbeitsschutz in den Walz- und Hüttenwerken.

Die Konferenz der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Walz- und Hüttenarbeiter gibt folgenden Leitlinien zur Erreichung eines größeren Arbeitsschutzes in den Walz- und Hüttenwerken ihre Zustimmung:

a) **Arbeitszeit.** Die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Walz- und Hüttenarbeiter wird erneutlicherweise immer mehr anerkannt. Während die handwerksmäßigen Berufe nämlich mittels ihrer Organisation nachhaltige Verkürzungen der Arbeitszeit erreichten, teilweise bis zu 9 $\frac{1}{2}$, 9, 8 $\frac{1}{2}$, 8 Stunden, und die staatlichen Werkstätten ebenfalls eine Verkürzung bis zu 9 $\frac{1}{2}$ Stunden haben eingetreten lassen, serner die Regierung den gesetzlichen Maximalarbeitszeit von zehn Stunden für Frauen wiederholte in Aussicht gestellt hat, besteht leider für die Hütten- und Walzwerksarbeiter noch eine unverhältnismäßig lange Arbeitsdauer, in der Regel 12-stündige Tag- und Nachtshiften mit gewohnheitsmäßigem Überarbeiten und Nebenschichten und teilweise die periodisch wiederkehrende 24-stündige Wachschicht. Mit Mülltümme auf die schwere, körper und Geist aufreibende Arbeit in den Walz- und Hüttenwerken ist eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden für die in genannten Betrieben beschäftigten Feuerarbeiter eine unabdingte Notwendigkeit.

b) **Gesundheitliche Verhältnisse in den Betrieben:** Da die Hütten- und Walzwerksarbeiter durch die Schwere der Arbeit und die Art, in der sie sich vollzieht, an und für sich schon in groben Gefahren für Gesundheit und Leben ausgesetzt sind, so müssen umso mehr alle Vorrichtungsregeln getroffen werden, um die gesundheitsschädlichen Einflüsse zu mindern. Es ist tief bedauernswert, dass bislang auf den Hütten- und Walzwerken dem Gesundheitsschutz der Arbeiter nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es sind deshalb schärfere gesetzliche Bestimmungen zu treffen mit ausgiebiger Kontrolle bezüglich ihrer Durchführung. Besonders ist für gezielte Ventilation zur Beseitigung giftiger Gase, Staub usw. Sorge zu tragen; Schutz vor Zugluft und schädlichen Witterungseinflüssen; genügende Wasch- und Badeinrichtungen; den hygienischen Anforderungen entsprechende, ausreichende Beleuchtungsanlagen; gutes Trinkwasser und sonstige alkoholfreie Erfrischungen sowie heizbare Speisen und Kleiderräume.

c) **Unfälle:** Infolge des fortwährenden Produktionsprozesses und der hastenden Arbeitsweise, bedingt durch die neuere Hütten- und Walzwerkstechnik, sind die Unfälle ins Ungeheuerliche gestiegen. Die Unfallgefahr wird außerdem erhöht durch die Mageneinstellung von betriebs- und sprachunkundigen, mit den Gefahren und Unfallverhütungsvorschriften nicht vertrauten Arbeitern, wie die Unfallsiffern der Berufsgenossenschaften beweisen. Entschädigungspflichtige Unfälle waren zu verzeichnen: In den Südwestsdeutschen Eisen- und Stahlwerksberufsgenossenschaften von je 1000 Bollarbeitern im Jahre 1904: 10,4, 1905: 10,84; überhaupt wurden gemeldet: 1904: 102,03, 1905: 103,6. Im rheinisch-westfälischen Gebiet fanden in denselben Betrieben je 1000 Bollarbeiter 1902: 13,6, 1903: 14,2, 1904: 15,2, 1905: 14,6, 1906: 16,0; die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle stieg dagegen ganz erheblich und zwar 1902: 183,3, 1903: 180,0, 1904: 187,6, 1905: 195,0, 1906: 199,0. Im Oberschlesien fanden auf je 1000 Bollarbeiter 1902: 14,4, 1903: 15,13, 1904: 17,2, 1905: 15,9; gemeldete Unfälle: 107,3. In der Sektion Essen im Jahre 1906: 218,0; in der Sektion Oberhausen (Rheinland) stieg die Zahl sogar auf 240 Unfälle. Dagegen betrug die Zahl der entshädigungspflichtigen Unfälle im Jahre 1886 im Durchschnitt nur 8,66 pro 1000 Bollarbeiter. Angelehnt dieser unheimlichen Steigerung der Unfallsiffern verlangt die Konferenz bessere Schutzberechtigungen und verschärfte Unfallverhütungsvorschriften, sowie schärfere Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiter.

d) **Sonnagsarbeit:** Wenn auch die Walz- und Hüttenwerke in beschränktem Umfang die Sonnagsarbeit notwendig machen, so hat doch die inßblichliche Ausnutzung der Ausnahmestellung über die Sonnagsruhe einen Umfang angenommen, dass unter dem Vorwand notwendiger Reparaturarbeiten Hunderte von Arbeitern regelmäßig Sonnags beschäftigt

werden. Der Produktionsprozess in seinem Schluss und Wiederbeginn lässt für zahlreiche Arbeiter eine gerechte Sonnagsruhe nicht zu. Die Folge davon ist Schädigung des Familienlebens und des religiösen Besinnung. Der Mangel jeglicher Erholung fördert den Schnapsgenuss und erschöpft die Kraft der Arbeiter schädigend. Eine Reform der Bundesratsverordnung über die Sonnagsruhe in Walz- und Hüttenwerken ist unbedingt erforderlich, mit der Maßgabe, dass die Sonnagsarbeit auf das äußerst notwendige beschränkt wird. Zur Durchführung der Bestimmungen für die Sonnagsruhe sind strengere Kontrollen einzuführen und die Strafen bei Übertretung zu verschärfen.

e) **Nachtarbeit der Jugendlichen und Frauen in den Hütten- und Walzwerken:** Die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter in den schweren Eisenindustrien ist wegen der damit verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren zu verbieten; aus den gleichen Gründen ist endlich mit dem unveränderten Zustand, wie er gegenwärtig noch in Überlebenseien in erheblichem Umfang besteht, aufzuräumen, dass weibliche Arbeiter auf Hütten- und Walzwerken und deren Nebenanlagen beschäftigt werden.

f) **Wohlfahrtseinrichtungen:** Die Konferenz sieht den von den Arbeitgebern geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen, soweit sie nicht die Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Freizeit und Kooperationsfreiheit nachteilig beeinträchtigen, nicht ablehrend gegenüber. Sie verurteilt dagegen mit aller Schärfe die Bestrebungen mittels Pensionsklassen, Werkwohnungen und Prämienystemen die Arbeiter in einer unverdienten Abhängigkeit zu halten. Bei aller Anerkennung der Vermehrung für die Arbeiter gesunde Wohnungen zu schaffen, muss strikte verlangt werden, dass die Rundungsfreiheit der Wohnungen der ortsüblichen angepasst sei und nicht nur mit der Rundungsfreiheit des Arbeitsverhältnisses die gleiche Dauer habe. Die von den Werkverwaltungen eingeführten Rassen sind dem Aufsichtsrat für Privatversicherungswesen zu unterstellen mit der Maßgabe, dass den Arbeitern auch bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Weiterversicherung oder Erhaltung der erworbenen Rechte zugesagt; oder unter Aneckung des bestehenden Versicherungsrückusses den Arbeitern ihre Beiträge zuwiderrichtet werden.

Schluß: Zur Bedeutung der allseitigen Interessen der Hütten- und Walzarbeiter, sowie zur Durchführung der oben genannten Regel ist vor allen Dingen die gewerkschaftliche Organisation im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands zu fordern. Da leider gerade die in den Hütten- und Walzwerken beschäftigten Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation, sowie allen sozialpolitischen Bestrebungen vielfach noch gleichgültig gegenüberstehen, teils aus Unkenntnis, teils infolge des Drucks, den die Werkseigentümer ausüben, ist die Agitation unter den Arbeitern mit besonderem Nachdruck zu betreiben. In der Erkenntnis, dass besserer gesetzlicher Arbeitsschutz, sowie der Schutz der Kooperationsfreiheit gegenüber ungerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch eine starke gewerkschaftliche Organisation, werden die christlich-nationalen Hütten- und Walzwerksarbeiter aufgefordert, dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband Deutschlands beizutreten."

Das **Sperrsystem**, wie es auf verschiedenen großen Werken üblich ist, wurde auch einer scharfen Kritik unterzogen. Die Konferenz nahm dazu durch folgende Zusatzresolution Estellung: „Die Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter Deutschlands erhebt gegen das sogenannte Sperrsystem, wie es seit langer Zeit in der Großindustrie in den verschiedenen Betriebsanlagen derselben Unternehmung untereinander und neuerdings zwischen den Arbeitgebern gegenseitig durch Abmachungen eingeführt ist, ganz entschieden Einpruch. Durch dieses Sperrsystem wird die Freiheit der einzelnen Arbeiter in ungefährlicher Weise eingeschränkt und die durch die Gewerbeordnung garantierte Freiheit des Arbeitsvertrages illusorisch gemacht. Die Konferenz erwartet, da von den Arbeitgebern kaum annehmen ist, dass sie freiwillig diese Sperrmaßnahmen aufheben, dass die Regierung und Gesetzgebung hier Wandel schaffen.“

Die Konferenz war von ca. 100 Delegierten aus allen Hüttenbezirken Deutschlands besichtigt. Als Gäste waren eine Zahl Reichstagsabgeordneter verschiedener Parteien, insbesondere aus industriellen Wahlkreisen erschienen u. a. die Abgeordneten Kirsch-Düsseldorf, Burchard-Duisenburg, Gieseler-Essen, Behrens-Altenkirchen, Norden-Norden 2 und Becker-Linsberg. Entschuldigungsbriefe waren eingelaufen von den Abgeordneten von Schubert-Kreuztal, Pieper-Krefeld, Schröder-Münster, Wedeberg-Hamm, Lint-Gerresheim, Bielefeld und Hamer-Böhl-Land.

Soziale Wahlen.

Emmerich. Bei der am 15. August stattgefundenen Kreiswahl siegte die Liste der christlichen Arbeiter mit 130 Stimmen Mehrheit. Somit ist die Kasse, die sich in den letzten Jahren in den Händen der Genossen befand, denselben entzogen worden. Die Holländer Kollegen haben sich eifrig beteiligt. Die Roten machen unseren Kollegen Vorwürfe, sie

schiede wurde von der nahen Insel Wollin bezogen und eine Jahresproduktion von 25–30 000 Fasen beabsichtigt. Die deutsche Fabrik hatte gegenüber der englischen Konkurrenz keinen leichten Stand. Abgesehen davon, dass England infolge seiner Lage den Markt leicht beherrschen konnte und bereits eine beinahe 30jährige Praxis aufzuweisen hatte, sahen die deutschen Baumeister den einheimischen Zement mit sehr vorurteilsgetriebenen Blicken an, und es hat sehr lange gedauert, bis sich der deutsche Zement einen Platz im Lande sichern konnte.

Die ersten Fabrikations-Einrichtungen der Bleibtreu-Güterschen Fabrik, die 1855 an die Herren Löffel und Delbrück überging und heute als Stettiner Portlandzementfabrik eine führende Stelle im Markt einnimmt, waren die denkbar primitivsten.

Man schlammte die Kreide in Bottichen, baggerte den Schlamm aus und warf ihn auf eine Unterlage, wo er mit gepulvertem Ton beschüttet und durch Umschäufeln notdürftig gemischt wurde. Mit der Hand wurden aus dieser Masse die Steine geformt, die auf Dämmen getrocknet, in kleinen Schachtöfen gebrannt und dann mit Hämmern zerstochen wurden.

Die Mühlen bestanden aus alten, einer Getreidemühle entnommenen Mahlgängen, für die eine kleine Balanciermaschine die Kraft lieferte.

Unter so schwierigen Verhältnissen war der Preis von etwa 17 Mark für ein Fass Zement nicht weiter verwunderlich, wenngleich er auch bei dem mangelhaften Arbeitsverfahren und den hohen Arbeitslöhnen für die Handarbeit kaum die Fabrikationskosten deckte, während andererseits die Qualität nicht unbestritten sein konnte.

Während heute jede Fabrik ihren Chemiker hat, der Rohmaterial, Halbfabrikat und fertige Ware täglich unter Kontrolle hält, und wo handliche Maschinen die genaue Prüfung des Zementmörtels erleichtern, musste man damals Probenkörper aus Zement an die Decke hängen und ihre Festigkeit durch Anhängen einer Schale mit Sicherheit prüfen.

